

Niederschrift über die 25. Sitzung des Stadtrates

Sitzungsdatum:	Donnerstag, 17.03.2022
Beginn der Sitzung:	16:33 Uhr
Ende der Sitzung:	19:24 Uhr
Sitzungsort:	Festsaal Freiheitshalle

Anwesend:

OBERBÜRGERMEISTERIN

Döhla, Eva

BÜRGERMEISTERIN

Bier, Angela

STADTRÄTE

Adelt, Jürgen, Dr.
Bogler, Hilmar
Böhm, Karola
Bruns, Gudrun
Etzel, Thomas
Fleischer, Wolfgang
Fuchs, Renate
Heimerl, David
Herpich, Christian
Kaiser, Alexander
Kampschulte, Peter
Kiehne, Gudrun
Kilincsoy, Aytunc
Kunzelmann, Max
Leitl, Patrick
Lentzen, Matthias
Lockenvitz, Felix
Meringer, Reinhard
Rambacher, Albert
Schmalfuß, Stefan
Schrader, Ingrid
Schrader, Klaus, Dr.
Senf, Peter
Singer, Matthias
Ulshöfer, Jochen
von Rücker, Jörg
Wunderlich, Hülya
Zeitler, Klaus

bis laufende Nr. 564
ab laufende Nr. 564

ab laufende Nr. 564

UNTERNEHMENSBEREICHSLEITER

Baumann, Klaus
Fischer, Peter
Gleim, Stephan, Dr.
Wulf, Klaus

Abwesende und entschuldigte Personen:

BÜRGERMEISTER

Auer, Sebastian

STADTRÄTE

Böhm, Michael

Dietrich, Maximilian, Dr.

Franke, Michaela

Gollwitzer, Kai

Hering, Andrea

Mergner, Matthias

Popp, Pia

Rädlein-Raithel, Christina

Strößner, Florian

Zeh, Dominik

Schriftführer/in:

Simone Kielmann

557 Änderung der Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Oberbürgermeisterin D ö h l a mit, dass diese um den Punkt „Antragsbekanntgabe“ ergänzt wird und um drei kurze tagesaktuelle Sachstandsinformationen zu Beginn.

558 Eröffnung

Oberbürgermeisterin D ö h l a eröffnet die 25. Sitzung des Stadtrates und stellt fest, dass zur heutigen Sitzung sämtliche Mitglieder des Stadtrates, unter Zusendung der Tagesordnung, rechtzeitig eingeladen wurden.

Die Entschuldigungen von

Frau Stadträtin F r a n k e

Frau Stadträtin H e r i n g

Frau Stadträtin P o p p

Frau Stadträtin R ä d l e i n – R a i t h e l

Herrn Bürgermeister A u e r

Herrn Stadtrat G o l l w i t z e r

Herrn Stadtrat S t r ö ß n e r und

Herrn Stadtrat Z e h aus privaten Gründen

sowie

Herrn Stadtrat B ö h m

Herrn Stadtrat D r. D i e t r i c h

Herrn Stadtrat M e r g n e r aus beruflichen Gründen

werden anerkannt.

Das Haus ist beschlussfähig. Gegen die Tagesordnung bestehen keine Einwände.

Das Protokoll über die 24. Sitzung vom 28.02.2022 liegt zur Einsichtnahme auf. Sofern bis zum Ende der Sitzung keine Einwendungen vorgetragen werden, gilt dieses nach der Geschäftsordnung als genehmigt.

Die Anwesenheit der Stadtratsmitglieder wird durch die Schriftführerin bestätigt.

Öffentliche Sitzung

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
27 Stadtratsmitglieder	

**559 Antrag Nr. 117 von Herrn Stadtrat Etzel;
Unterstützung der Resolution „Wohnen muss in Oberfranken finanzierbar und bezahlbar bleiben!“;
Aufnahme in die Tagesordnung der Stadtratssitzung am 17.03.2022 und Herbeiführung eines Votums des Stadtrates zur Unterstützung**

Antragsbekanntgabe:

Der Antrag von Herrn Stadtrat Etzel vom 09.03.2022 war bereits im Stadratsinfoportal veröffentlicht; auf eine Verlesung in der heutigen Stadtratssitzung kann deshalb verzichtet werden.

Nachdem der Antrag in der heutigen Stadtratssitzung nicht sofort erledigt werden konnte, ist er binnen zwei Monaten ab der heutigen Bekanntgabe in dem zuständigen Ausschuss zu behandeln (§ 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung).

Der Antrag wird dem Fachbereich 10 zur weiteren Bearbeitung unter Beachtung der 2-Monats-Frist zugeleitet.

* * *

bekannt gegeben

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
27 Stadtratsmitglieder	

560 Sachstandsinformation Leitungen IBC Solarpark

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a macht die Mitteilung, die sich auf ein Thema aus dem Umwelt- und Planungsausschuss beziehe, nämlich die Leitungsdurchführung des IBC Solarparks in Wölbattendorf. Es seien alle Leitungsverträge seien abgeschlossen, die erforderlichen Leitungen dürften jetzt verlegt werden.

zur Kenntnis genommen

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
27 Stadtratsmitglieder	

561 Flüchtlinge aus der Ukraine

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a informiert darüber, dass sie heute erfahren habe, dass am morgigen Tag ein weiterer Bus mit geflüchteten Menschen aus der Ukraine ankomme und die Jugendherberge dann voll sei.

zur Kenntnis genommen

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
27 Stadtratsmitglieder	

562 Luftfilter an den Hofer Schulen

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a informiert darüber, dass alle Luftfilter in den Hofer Schulen vorsorglich von der Stromversorgung getrennt werden müssten. Es betreffe 359 Geräte. Es gebe neue Hinweise auf eine mangelnde Funktionstauglichkeit der Geräte. Diese seien laut TÜV-Süd nicht VDE-konform und dürften nicht betrieben werden. Dies sei eine neue Überprüfungsfeststellung. Man stehe auch im Austausch mit anderen Kommunen, die Probleme mit den Geräten haben. In Bezug auf die Fördermittel drohe keine Gefahr, diese könnten auch im weiteren Fortgang in Anspruch genommen werden. Sollte es tatsächlich so sein, dass die Geräte nicht betrieben werden dürfen, dann würden die Luftfilter zurück an den Hersteller gehen und es müsste eine neue Ausschreibung erfolgen. Es sei rechtlich noch nicht alles geklärt derzeit, dennoch habe man sich entschlossen, diese Information rechtzeitig bekannt zu geben. Es komme auch darauf an, welche Verpflichtungen den Hersteller treffen würden, wie er mit den Mängeln umgehen wird.

zur Kenntnis genommen

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla zugleich Vortragende
Bürgermeisterin:	Bier
27 Stadtratsmitglieder	

563 Personalwirtschaftlicher Gesamtstellenplan 2022

Vortrag:

Der personelle Aufwand zur Erledigung der einer Gemeinde obliegenden Aufgaben ist im Stellenplan nachgewiesen. Als haushaltsrechtlicher Stellenplan nach § 6 Abs. 1 der Verordnung über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden, der Landkreise und der Bezirke nach den Grundsätzen der Kameralistik (KommHV-K) bildet er die Grundlage für das jeweilige Haushaltsjahr und weist die erforderlichen Stellen der Beamten und der nicht nur vorübergehend beschäftigten Arbeitnehmer (= Beschäftigte i.S.d. TVöD) aus. Er bildet damit als Teil der Haushaltswirtschaft den Finanzrahmen für die Personalwirtschaft. Im personalwirtschaftlichen Stellenplan erfolgt eine Personalplanung für einen mehrjährigen überschaubaren Zeitraum.

Während für die Änderung des haushaltsrechtlichen Stellenplanes eine Beschlussfassung des Stadtrates und die Aufnahme in die Haushaltssatzung erforderlich sind, genügt für eine Änderung des personalwirtschaftlichen Stellenplanes die Beschlussfassung des Stadtrates.

Die Stellenplanvorlage 2022 wurde unter Beachtung der allgemeinen Haushaltsgrundsätze des Art. 61 der Gemeindeordnung (GO), insbesondere des Grundsatzes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, erstellt und beschränkt sich im Wesentlichen auf die unabweisbar erforderlichen Personalmaßnahmen.

Die geplanten Änderungen des personalwirtschaftlichen Gesamtstellenplans bestehend aus den Stellenplänen der Stadt Hof (Anlage A) und des Abwasserverbandes Saale (Anlage B) wurden in der Sitzung des Personalausschusses am 22.02.2022 vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen (In der Anlage A wurden bei den lfd.-Nrn. 14, 16 und 22 redaktionelle Tippfehler bereinigt - die Änderungen sind durch Fettdruck hervorgehoben).

In Vollzug des Stadtratsbeschlusses Nr. 1060 vom 22.07.2019 (Maßnahmen zur Umsetzung des Gutachtens zur Untersuchung der Organisation und Personalausstattung einer eigenständigen Verbandsverwaltung des Abwasserverbandes Saale) wurde zum 31.12.2021 der Personalgestellungsvertrag zwischen der Stadt Hof und dem Abwasserverband Saale beendet und das Personal übergeleitet. Dementsprechend entfällt in zukünftigen Jahren die Anlage B.

Beschlussantrag:

1. Der Gesamtstellenplan 2022, bestehend aus dem geltenden Stellenplan 2021, ergänzt um die in den Anlagen A und B aufgeführten Stellenplanänderungen, wird genehmigt.
2. Die Anlagen A und B sowie die dazugehörige Vorbemerkung zur Stellenplanvorlage 2022 bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses.

Aussprache:

Frau Stadträtin S c h r a d e r beginnt ihre Ausführungen mit einem großen Dankeschön. Einem großen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Hof. Besonders aber an diejenigen, die sich bei den Großkrisen der Corona-Pandemie und der aktuellen Situation – der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine – über alle Maßen engagieren würden. Die mit viel Herzblut dafür sorgen, dass in der

Stadt Hof die eigene Bevölkerung und denjenigen, die nun aufgrund des furchtbaren Krieges zu uns kommen, positive und menschenwürdige Rahmenbedingungen und Hilfen gegeben würden. In Bezug auf den personalwirtschaftlichen Stellenplan 2022 bemerkt sie, dass sich

- man sehe es - gerade jetzt, die Entscheidungen zur Stärkung des Teams im sozialen Bereich als sehr erfolgreich zeigten. Seitens der CSU-Fraktion würde man die jährliche Verabschiedung des personalwirtschaftlichen Stellenplans grundsätzlich als wichtige und wegweisende Entscheidung für die Leistungsfähigkeit der Stadt Hof sehen. Auf die Details des Stellenplans müsse sie heute nicht mehr verweisen. Es seien alle relevanten Punkte im Personalausschuss detailliert diskutiert und einstimmig empfohlen. Klar sei heute aber eins, die Stadt Hof müsse unbedingt personell bestmöglich aufgestellt werden, um den Herausforderungen der nächsten Jahre gewachsen zu sein. Bei allen Schwierigkeiten in den einzelnen Teilbereichen Fachpersonal zu gewinnen, müsse darauf besonders geachtet werden. Man müsse auf die Ausgangssituation etwas näher eingehen. Einerseits stehe, aufgrund der demokratischen Situation, der Belegschaft der Stadt Hof in den nächsten Jahren eine große Fluktuation durch viele nachzubesetzende Stellen in der Generation der sogenannten Boomer-Generation bevor. Gleichzeitig aber mangle es - aus Sicht der CSU-Fraktion - an einem zielführenden Konzept und Maßnahmen, um vorbereitend auf diese Situation hinzuwirken. Deshalb liege das Hauptaugenmerk der CSU-Fraktion auf der Zukunftsplanung. Dazu äußert sich Frau Stadträtin

Schradler wie folgt. Das Thema eigene Ausbildung und laufende Fortbildungsmaßnahmen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sei extrem wichtig. Darüber hinaus sei zu bewerten, ob die Stellenschnitte denn noch zeitgemäß sind und wie die Attraktivität der Stellen außerhalb der tariflichen Zwänge erhöht werden könne.

Es werde deshalb zeitnah die Vorlage eines mittelfristigen Personalentwicklungskonzepts in Verbindung mit einem stringenten Zeit- und Maßnahmenplan gefordert. Es müsse jetzt über die Herausforderungen der Zukunft nachgedacht und man müsse jetzt aktiv werden. Aktuelle Trends und Forschungen zur Raumentwicklung würden zeigen, dass kleine und mittlere Städte fernab von großen Metropolen großes Potential haben, kreative, freischaffende und junge Familien anzuziehen. Die besonderen Merkmale, gerade von Oberzentren wie Hof, in Bildung-, Kultur-, Sport-, Freizeitwert und der Trend zum Homeoffice würden als Motivation dieser Wandelbewegungen offenbar eine zentrale Rolle spielen. Hof habe also einiges zu bieten, auf all diesen Feldern könne die Stadt punkten und sich im Wettbewerb der Städte abheben. Man könne aber nur dann erfolgreich sein, wenn man in der Stadt Hof gut aufgestellt sei und sich als Ansprechpartner und Servicedienstleister positiv präsentieren könne. Die Stadtverwaltung und alle Mitarbeitenden würden also auch unter diesem Aspekt künftig eine richtig große Rolle spielen. Zur heutigen Tagesordnung lasse sich abschließend sagen, dass die CSU-Fraktion dem personalwirtschaftlichen Stellenplan 2022 zustimme.

Herr Stadtrat Kilincsoy nimmt wie folgt Stellung. Am 22. Februar 2022 sei der personalwirtschaftliche Gesamtstellenplan 2022 beraten und auch von der SPD-Stadtratsfraktion empfohlen worden. Die Stellenplanvorlage orientiere sich an den vom BKPV vorgeschlagenen Parametern, leider sei dies immer noch so. Wie im Personalausschuss schon deutlich geworden sei, stehe er allerdings unter dem allgemeinen Haushaltsgrundsatz und dem Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit. Er beschränke sich im Wesentlichen auf die unabwiesbar erforderlichen Personalmaßnahmen. Nichtsdestotrotz sei es richtig und wichtig, dass die Stellen im Fachgebiet Sport sowie Jugend und Soziales zum Teil neugeschaffen bzw. verstetigt werden würden. Gerade auch im Gutachten des Kommunalen Prüfungsverbands sei die massive Unterbesetzung des Jugend- und Sozialbereichs deutlich geworden, so dass man hier sukzessive aufstocken müsse. Mit dem neuen Betreuungsorganisationsgesetz und wegen der angestiegenen Fallzahlen sei im Bereich der Betreuungsstelle eine weitere Vollzeitkraft notwendig. Eine weitere Vollzeitstelle wegen der ebenso angestiegenen Fallzahlen sei für den Bereich Vormundschaften und Pflegschaften geplant. Die dritte Stelle im Bereich Jugend und Soziales sei mit dem Stellenplan 2021 schon übergangsweise beschlossen und nun im Stellenplan verstetigt worden. Auch hier sei wegen des Fallzahlenanstiegs im Bereich der Jugendhilfe eine Aufstockung notwendig gewesen. Gerade aber auf die neue Stelle des Sportamts freue sich die SPD-Fraktion sehr. Der Fraktionsvorsitzende habe schon in seiner Zeit als Bürgermeister eine Anlaufstelle für Vereine schaffen wollen, welche zur Unterstützung und als Ansprechpartner für selbige agiere. Daher begrüße es die SPD-Stadtratsfraktion jetzt umso mehr, dass die Aufgaben, zusammen mit der von der SPD-Stadtratsfraktion beantragten halben Stelle Schwimmförderung, als Vollzeitstelle nun neu geschaffen werde. Natürlich werde in diesem Zusammenhang auch begrüßt, dass die vorübergehende Ergänzung des Fachbereichs Sport beim Eisteichneubau nun aufgrund der gestiegenen Anforderungen im Stellenplan auch verstetigt werde. Demzufolge erfahre sowohl der Bereich Jugend und Soziales als auch das Sportamt die benötigten Personalkapazitäten. Alles sinnvoll und notwendig.

Alles, was dem Bürger, dem Servicegedanken und der Effizienz in der Verwaltung diene, sei wichtig und richtig. Herr Stadtrat Kilincsoy bittet, auch im Namen der SPD-Stadtratsfraktion, ein paar Worte zu

der sich hoffentlich bald abschwächenden Pandemie sagen zu dürfen. Die Digitalisierung sei in aller Munde. So sei es der Oberbürgermeisterin zu verdanken, dass das Thema E-Government unter ihrer Regie einen großen Stellenwert einnehme. Ziel sei es, Behördengänge zu erleichtern bzw. den Gang ins Rathaus überflüssig zu machen. Dies sei letztendlich natürlich ein Verdienst des Projektleiters für Digitalisierung und E-Government, Herrn Kupijaj. Die neue Homepage sei ein wichtiger und richtiger Schritt in die Zukunft. Die Online-Terminvergabe der städtischen Fachbereiche sei ebenfalls ein Meilenstein in Sachen Bürgerfreundlichkeit. Vielen Dank an dieser Stelle von der SPD-Stadtratsfraktion. Ein großes Lob und noch größerer Dank gelte allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Trotz Pandemie sei hier großartige Arbeit geleistet worden. In manchen Fachbereichen sei über das normale Maß hinaus gearbeitet worden. Wochenendarbeit und Überstunden seien hier oft an der Tagesordnung gewesen. Die Corona-Krise habe nicht nur den Bürgern viel abverlangt, sondern auch der Verwaltung. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme dem Stellenplan 2022 gerne zu. Ein Dankeschön der SPD-Stadtratsfraktion sei zu übermitteln an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für deren Wirken zum Wohle der Stadt und ihrer Bürger. Dankeschön.

Herr Stadtrat R a m b a c h e r schließt sich dem ausgesprochenen Dank an und hält fest, dass er auf keinen Fall die Leistungsbereitschaft der Verwaltung schmälern wolle. Es gebe aber dennoch, trotz intensiver Diskussion, in der Fraktion einige Bedenken. Es fehle ein ganz wichtiger Punkt und zwar die Priorisierung. Es sei in den letzten Jahren fraktionsübergreifend darauf hingewiesen worden, dass es zwei Bereiche gebe, in denen auf jeden Fall Stellen geschaffen werden müssen, das sei einmal das Bauamt und zum zweiten der Sozialbereich und hinzu komme noch die Digitalisierung der Schulen. Es seien jetzt einige Stellen besetzt worden in der Vergangenheit, aber das sei die falsche Richtung gewesen, weil manches zu sehr aufgebläht werde. Wegen der nichteingehaltenen Priorisierung sei die FAB und Fraktion anderer Meinung als die Vorredner und lehne diese Konzeption ab. Und auch über den Sportbeauftragten könne man sich vor dem Hintergrund der Zeiten, die hinter und auch vor uns liegen, streiten. Nochmal vielen Dank an Frau Oberbürgermeisterin Döhla persönlich, weil die Stadt Hof auch die erste Stadt gewesen sei, die in der Ukraine-Krise Flüchtlinge aufgenommen und Internetseiten angeboten habe, dafür herzlichen Dank. Aber insgesamt sei der Stellenplan abzulehnen.

Herr Stadtrat Dr. S c h r a d e r macht deutlich, dass die Fraktion der Grünen dem Stellenplan zustimmen werde. Man müsse bedenken, wo man herkomme. Es habe eine Zeit gegeben, in der wir jahrelang keinen genehmigten Haushalt gehabt hätten. Da hätten der Kommunale Prüfungsverband und die Regierung darauf gedrängt, Stellen abzubauen. Man sei auch davon ausgegangen, dass die Stadt Hof eine sterbende Stadt sei und in absehbarer Zeit weniger als 40.000 Einwohner haben werde. Dementsprechend sei der Personalschlüssel vorausschauend angepasst worden. Wir hätten heute noch im Vergleich zu Oberzentren vergleichbarer Größe weniger Personal, wir seien auf einem Weg, auf dem wir uns überlegen müssen, wo wir hinwollen, was wir leisten wollen, was die Hoferinnen und Hofer erwarten und hätten einen Anspruch auf eine leistungsfähige Verwaltung, die die Aufgaben zügig, rasch und umfangreich bewältigen könne. Das hier könne als Anfang gewertet werden, man sehe aber auch, dass gerade im Bereich des Bauamts, der Stadtentwicklung und des Klimaschutzmanagements noch großen Handlungsbedarf bestehe, da viele Sachen liegen geblieben, die eigentlich notwendig wären, weil hier die Manpower fehle, um eine zügige Umsetzung zu gewährleisten. Ein Anfang sei gemacht, Hof entwickle sich positiv und in Zukunft müsse weiter daran gearbeitet werden, dass attraktive Stellen geschaffen werden würden. Die Grünen-Fraktion schließt sich den Ausführungen der CSU-Stadtratsfraktion an, dass mittelfristig eine entsprechende Planung auf den Weg gebracht werden solle. Auch Herr Stadtrat Dr. S c h r a d e r bedankt sich für die Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denn die bevorstehenden Herausforderungen würden weiter großes Engagement erfordern.

Herr Stadtrat M e r i n g e r erklärt, dass er den personalwirtschaftlichen Stellenplan 2022 ablehnen werde. Als persönliche Vorbemerkung sei angemerkt, aufgrund seiner krankheitsbedingten Abwesenheit habe er in den letzten Wochen und Monaten viel Zeit gewonnen innezuhalten und von außen – in diesem Fall aus großstädtisch Münchner Sicht und aus ländlicher Bad Elsteraner Sicht – das Verwaltungshandeln zu verfolgen. Gleichzeitig habe er in seiner geliebten Heimatstadt Hof über das Smartphone – auch wenn das zwischendurch mal seinen Geist aufgegeben habe – die sozialen Medienkommentare verfolgt. Vor allem aber habe er und da sei er ein bisschen stolz darauf, als parteifreier Einzelstadtrat inzwischen weiter - in vielen Hofer Wirtshäusern und Vereinsheimen, auch im Hofer Rathaus, in Bistros bei allen Gelegenheiten - seinen offensiven und ehrlichen kommunikativen Informationsstil gepflegt. Sie kennen das, „ihr müsst doch alle ein bisschen blöd sein, diese Brücke immer noch zu sperren und in der Kernstadt erneut das Umbauen zu beginnen.“ Dafür sei er ja im Oktober letzten Jahres in Bayreuth – letzte Vorbemerkung – mit Dr. Adelt und Dr. Fichtner - zum siebten Mal als einer der Häufelkönige seit 1984 wiedergewählt - mit der silbernen Verdienstmedaille ausgezeichnet worden, worüber er sich sehr gefreut habe. Auf das nachträgliche Bild im Hofer Magistrat warte er noch immer. Verlesen seien seine Verdien-

te ja immerhin worden. Bürgernähe - viele große und kleine Anträge zur Stadtentwicklung zur Regionalentwicklung, zur Verkehrsplanung und zum Kernstadtkonzept – seien wahrscheinlich der Grund für diese Auszeichnung gewesen. Er verweise auf seine und jetzt komme er zum Thema, warum er – das sei schon fast die Überleitung zur Haushaltsrede – vielen Appelle, die vielen Konflikte nicht aus den Augen zu verlieren, wenn es um das gedeihliche Miteinander aller Mobilitätsteilnehmer gehe. Darum, den Strukturwandel in einer finanzklammen Stadt zu begleichen.

Vorteile für alle könne es nicht geben, das wisse jeder Stadtgeograph, auch wenn er nicht Geographie studiert habe, das wisse jeder alte und neue Stadtrat. Warum lehne er also diesen Gesamtstellenplan ab, der doch so vehement für die Stärkung des öffentlichen Sektors plädiere in dem gemischten Wirtschaftssystem, in der Mixed-Economy. Er habe in seiner langen Karriere – übrigens in vielen, vielen Funktionen seit 1984 – noch nie erlebt, dass so unverschämt und unverblümt Stellen besetzt worden seien, über die in ganz Hof nur mit dem Kopf geschüttelt worden sei bzw. immer noch werde. Auch wenn Sie es jetzt wiederholt zu begründen versucht haben, Frau Oberbürgermeisterin, kein Hofer, den er kenne, habe Verständnis für den strategischen, persönlichen Referenten oder für den Citymanager, wenn gleichzeitig im Bauamt zig Ingenieure fehlen für das schnellere Abrechnen der Großprojekte. Wahrscheinlich werde jetzt wieder das Totschlagargument kommen, hier würden Äpfel mit Birnen verglichen. Die entscheidende Problemfrage für Herrn Stadtrat M e r i n g e r und auch für Kollegen der Kenia-Koalition bleibe, warum es eine derart große Fluktuation im Bauamt gegeben habe und ja immer noch gibt. Warum gebe so enorm viele Rechtsstreitereien mit enormen Folgekosten für das Hofer Stadtsäckel. Warum würden geradlinige Fachbereichsleiter, nachdem sie sich gerade eingearbeitet haben, gewissermaßen aufs Abstellgleis gestellt, während andere sich anschicken, kometenhaft Karriere zu machen. Natürlich habe uns die Welt seit zwei Jahren alle nachdenklich gemacht. Gerade wird ja darüber verhandelt, wie wir damit werden leben lernen müssen. Nun gehören wir schon wieder zu den 20 Städten bundesweit mit den höchsten Infizierten und vom grausamen Krieg in Osteuropa, der uns alle betroffen macht, wage er gar nicht zu reden. Nicht erst seit 2015/16 gebe es Leistungsüberlastungsklagen. Die Mitarbeiter hätten geklagt und würden weiter klagen über zu geringes Gehör bei den Personalchefs. Er müsse fairerweise zugeben, dass dies die Ära Fichtner betreffe und die Ära Leo Reichel. Und damit schliesse er und bedanke sich und hofft, dass verstanden worden sei, warum er differenziere und kritischer Wegbegleiter bleibe. Immerzu sparen wollen und gleichzeitig die Schulden herabführen und gleichzeitig auch im öffentlichen Sektor sparen, das gehe nicht. Die Verantwortlichen würden einen tollen Job machen, auch dafür sei sein Dank weiterzureichen. Ansonsten könne er nicht nachvollziehen mit welcher Brutalität – Brutalität nicht im bösen Sinne und das habe a Geschmäckla gehabt -, Leute eingestellt werden – man hätte sie zumindest anders titulieren müssen, die das gleiche Parteibuch hätten.

Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a äußert ihre Gedanken dazu. Sie könne aus beruflichen Gründen und ihrer umfassenden Dienstverpflichtung nicht mit Social Media Aktivitäten und zahlreichen Gaststättenbesuchen aufwarten. Dies sei ihr beides nicht mehr möglich, wie in früheren Jahren und sie müsse auch ohne diese Recherchemöglichkeiten ihre Einschätzungen treffen. Hierfür bitte sie um Verständnis. Der Vergleich mit Personalausgaben in anderen Städten – zeige, dass wir nicht überdurchschnittlich unterwegs seien in der Hofer Stadtverwaltung. Der Stellenplan sei angemessen in Bezug auf die Aufgabenstellungen der Stadt Hof und er sei in Bezug auf die Ansprüche, die immer wieder an die Stadt Hof gestellt würden, sogar sparsam. Die Prognose sei, dass im Bereich der Digitalisierung eines Tages auch noch weitere Kräfte benötigt werden würden.

Es sei nicht so, dass die Digitalisierung zu einem großen Effizienzprogramm führe, sondern zu zusätzlichen Aufgabenstellungen. Zum Thema Personalentwicklungskonzept: Dieses sei im Personalausschuss schon mehrfach angesprochen und angehört worden und dies sei auch richtig und gut und es komme auch dran noch in diesem Jahr, versprochen, obwohl sie in Versprechungen ganz zurückhaltend sei. Zudem sei es so, dass die wichtigen, konzeptionellen Aufgaben den alltäglichen Belastungen zum Opfer fielen. Man drehe sich durch die Pandemie, durch viele Neueinstellungen, durch Herausforderungen, die in dem jeweiligen Fachbereich noch gemeistert werden müssen und auf der Strecke bleibe das, was man braucht, um sich für die Zukunft zu rüsten und gut aufzustellen. Insofern sei die Einstellung des strategischen Referenten auch eine Antwort auf diese Grundsituation, die man nicht nur im Personalamt sehe, dass alle bis zur Kante belastet seien und dann solche übergreifenden Aufgaben schwer zu stemmen seien. Es ziehe sich durch, man sei gefangen durch das was hereinkomme und auf dem Tisch liege und da sei es schwierig den großen Rahmen zu ziehen. Für den strategischen Referenten sei inzwischen ein Aufgabenportfolio erstellt worden, mit dem drei Vollzeitkräfte beschäftigt werden könnten. Hier könne dann entschieden werden, was am dringendsten sei, was wichtig sei und womit er anfangen könne. Es werde hier spannende Geschichten geben, die man mit dieser Personalie voranbringen könne. Zum Thema Parteibuch sei erwähnt, dass es im Rathaus die unterschiedlichsten Parteibücher gebe und dies sei auch völlig in Ordnung und gut, wenn sich Leute kommunalpolitisch engagieren würden. Davon wür-

den Städte und Gemeinden auch leben, aber es werde nicht nach Parteifarben geschaut.

Beschluss:

Nach Vorberatung im Personalausschuss stimmt der Stadtrat mehrheitlich mit sechs Gegenstimmen dem Gesamtstellenplan 2022 zu.

Die Anlagen A und B sowie die dazugehörige Vorbemerkung zur Stellenplanvorlage 2022 bilden Bestandteile des Beschlusses.

mehrheitlich beschlossen
Ja 23 Nein 6

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Vortragender:	Verwaltungsdirektor Fischer
26 Stadtratsmitglieder	

564 Festsetzung der Haushaltssatzung, des Haushaltsplanes der Stadt Hof sowie der Wirtschaftspläne für die Bereiche Bauhof, Freiheitshalle und Krematorium sowie Festsetzung des Finanzplanes für das Jahr 2022

Vortrag:

Die Stadt Hof konnte im Jahr 2016 erstmals seit dem Jahr 2009 wieder einen Haushalt aufstellen, der seitens der Regierung von Oberfranken unter Auflagen genehmigt wurde. Bis zum Beginn der Corona-Pandemie im ersten Quartal 2020 entwickelte sich die finanzielle Situation der Stadt Hof aufgrund steigender Einnahmen (Anteil an der Einkommenssteuer, Gewerbesteuer, Schlüsselzuweisungen) positiv. Auch die Verschuldung der Stadt Hof konnte mithilfe der Stabilisierungshilfen des Freistaates Bayern erheblich gesenkt werden.

Die Corona-Pandemie brachte jedoch im Jahr 2020 für die finanzielle Situation der Stadt Hof erhebliche Ungewissheiten mit sich. Trotz zu befürchtender sinkender Einnahmen im Bereich des Anteils an der Einkommenssteuer und der Gewerbesteuer konnte durch die Gewährung einer Erstattung für Gewerbesteuerausfälle durch den Bund Mitte Dezember 2020 in der Höhe von 8,335 Mio. €

- zum einen die Haushaltssituation für 2020 positiv geklärt werden,
- zum anderen aus diesen Mehreinnahmen ein erheblicher Betrag der allgemeinen Rücklage zugeführt werden. Die Zuführung zur Rücklage war so hoch, dass diese im Jahr 2021 nicht in voller Höhe für den Vermögenshaushalt 2021 wieder entnommen werden musste.

Nur deshalb wurde es möglich, im nun zu beschließenden Haushaltsplan 2022 die ordentliche Tilgung der Kredite, die 2022 bei 4.850.380 € liegt, zum Teil aus einer Entnahme aus der allgemeinen Rücklage ohne erneute Aufnahme von Krediten zu finanzieren. Damit kann für 2022 die Mindestzuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt zur Finanzierung der ordentlichen Tilgung zwar nicht in voller Höhe ausgewiesen werden, diese wird aber durch die entsprechende Entnahme aus der allgemeinen Rücklage ersetzt. Dies ist nach § 22 Abs. 1 Satz 2 der KommHV-K auch zulässig.

Der Verwaltungshaushalt 2022 kann damit bei geplanten Einnahmen aus der Gewerbesteuer von 22,0 Mio. € und Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (zusammen mit den Einnahmen aus dem Familienleistungsausgleich) von 23,03 Mio. € und einer Zuführung von 2,866 Mio. € zum Vermögenshaushalt ausgeglichen werden.

Mit den Haushaltsplanberatungen wurde am 22.11.2021 begonnen, zunächst im Bereich des Verwaltungshaushaltes. Die Haushaltsplanberatungen wurden dann in den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses am 13.12.2021, am 10.01.2022, am 24.01.2022, am 31.01.2022, am 21.02.2022 und am 14.03.2022 fortgeführt. Im Bauausschuss wurden am 01.02.2022 Priorisierungen bei den Baumaßnahmen beraten.

Zu den wesentlichen Zahlen des kameralen Haushalts 2022 ist zusätzlich zu bemerken:

Der **Gesamthaushalt 2022** ist mit 199.321.750 € in Einnahmen und Ausgaben formal ausgeglichen. Das Gesamtvolumen des städtischen Haushalts vermindert sich gegenüber dem Ansatz 2021 um 3,62 %, wobei sich der Verwaltungshaushalt um 1,13 % erhöht und der Vermögenshaushalt um 25,37 % vermindert.

Der **Verwaltungshaushalt** weist ein Volumen von 171.662.460 € aus. Der Ausgleich des Verwaltungshaushalts kann durch eine Zuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt in Höhe von 2.865.630 € erreicht werden. Damit wird –wie dargestellt – die Mindestzuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt nicht erreicht.

Die Personalkosten wurden im Kernhaushalt mit 34.272.830 € angesetzt. In den Regiebetrieben Freiheitshalle und Bauhof wurden zusätzlich 10.638.400 € geplant, so dass sich Gesamtpersonalausgaben von 44.911.230 € ergeben. Im Haushaltsjahr 2021 waren hierfür 42.573.150 € veranschlagt. Das Rechnungsergebnis 2021 liegt noch nicht vor.

Beim Bauunterhalt im Hochbau und bei den Straßen und Kanälen sind im Haushaltsplan 2022 Mittel im Umfang von 3,73 Mio. € enthalten, was gegenüber dem Jahr 2021 mit 8,49 Mio. € (Ansatz) eine erhebliche Reduzierung bedeutet. Diese Reduzierung ist aber aufgrund der erhöhten Ausgaben im Personalbereich, im sozialen Bereich und bei der Bezirksumlage unvermeidbar.

Der **Vermögenshaushalt** des Jahres 2022 hat ein Gesamtvolumen von 27.659.290 €. Verpflichtungsermächtigungen sind im Vermögenshaushalt 2022 im Umfang von 25.483.660 € enthalten.

Das Gesamtvolumen des Vermögenshaushalts geht damit im Vergleich zu den Vorjahren erheblich zurück, was letztlich durch die gegenüber 2021 nochmals verschärfte Bedingung im Stabilisierungshilfebescheid der Regierung von Oberfranken für das Jahr 2021 verursacht wird.

Dennoch werden begonnene Maßnahmen (z.B. Theatersanierung, Berufsschule, Fachoberschule, Außenanlagen Eisteich, Kindergärtenneubau- bzw. sanierung) fortgeführt bzw. abgeschlossen.

Im geringen Umfang konnten auch neue Maßnahmen in den Vermögenshaushalt aufgenommen werden, die der Erfüllung von Pflichtaufgaben (Feuerwehr BA 2, Beginn des Neubaus der Grundschule Christian-Wolfrum-Schule) dienen. Entsprechende Priorisierungen wurden in den Vorberatungen in den Ausschüssen vorgenommen.

Für die kostenrechnenden Einrichtungen, die nach Art. 8 KAG aus Beiträgen und Gebühren finanziert werden, sind insgesamt Ausgaben in Höhe von rd. 1,67 Mio. € vorgesehen, die mit Kreditaufnahmen in Höhe von 1,63 Mio. € finanziert werden.

Finanziert wird der Vermögenshaushalt mit einem Volumen von 27.659.290 € durch folgende Einnahmen:

	Rd. Mio. €	= %
a) Zuführung vom Verwaltungshaushalt	2,866	10,36
b) Entnahme aus Rücklagen (allgemeine Rücklage und Sonderrücklage Gebühr)	7,949	28,74
c) Rückflüsse von Darlehen und Beteiligungen	0,072	0,26
d) Einnahmen aus dem Verkauf von bebauten und unbebauten Grundstücken sowie Anlagevermögen	0,085	0,31
e) Investitionsbeihilfe aus Stabilisierungshilfe 2021 (0,8 Mio. € - nicht aus der Rücklage siehe oben unter b, da erst Auszahlung 2022))	0,800	2,89
f) Erschließungsbeiträge, Kanalbaukostenbeiträge, Ablösungsbeträge für Kfz-Stellplätze	1,350	4,88
g) Zuweisungen vom Bund und Land	11,624	42,03
h) Zuschüsse und Spenden	0,005	0,02
i) Aufnahme von langfristigen Kreditmarktdarlehen	2,908	10,51
Summe:	<u>27,659</u>	<u>100,00</u>

Die **Kreditaufnahmen** sind mit 2.908.050 € veranschlagt. Darin sind Kreditaufnahmen für kostenrech- nende Einrichtungen bzw. Investitionen in Höhe von rd. 1,63 Mio. € enthalten.

Der voraussichtliche **Stand der Schulden** (im Kernhaushalt der Stadt Hof) wird gegenüber dem An- fangsbestand zum 01.01.2022 von 84,71 Mio. € (kein Endergebnis) um 5,50 Mio. € auf 79,21 Mio. € zum 31.12.2022 sinken. In dieser Prognose ist die unter Bedingungen in Aussicht gestellte Stabilisierungshilfe 2021 in der Höhe von 3,5 Mio. € enthalten. Nicht enthalten ist die erhoffte erneute Gewährung einer Sta- bilisierungshilfe durch den Freistaat Bayern im Jahr 2022.

Der erhebliche Betrag von 25,484 Mio. € an **Verpflichtungsermächtigungen** resultiert aus den Maß- nahmen, die 2022 nicht in voller Höhe in den Vermögenshaushalt aufgenommen werden, da sie in den Jahren ab 2023 bzw. 2024 anfallen werden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass von diesem Betrag bereits 22,984 Mio. € aus bereits genehmigten Verpflichtungsermächtigungen (teilweise auch mit einem geringeren Betrag) stammen, so dass nur 2,5 Mio. € neue Verpflichtungsermächtigungen einer Geneh- migung bedürfen. Dies ist für 2023 und Folgejahre die Maßnahme „Erweiterung Feuerwehreinrichtungen Hallplatz BA II“ mit 2,5 Mio. €.

Die **mittelfristige Finanzplanung** für die Jahre 2021 – 2025 zeigt, dass die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie im Jahr 2023 noch zu spüren sind. Derzeit bedarf es einer Entnahme aus der all- gemeinen Rücklage im Umfang von 3,35 Mio. €, um die fehlende Leistungsfähigkeit im Verwaltungs- haushalt des Jahres 2023 und die damit nicht erreichbare Mindestzuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt 2023 auszugleichen. Der (derzeit zwar noch nicht vollständig vorliegende) Abschluss des Jahres 2021 begründet aber die Annahme, dass in der allgemeinen Rücklage auch nach dem Ab- schluss 2021 entsprechende Finanzmittel zur Verfügung stehen. Auch in den Jahren 2024 und 2025 müssen Mittel aus der allgemeinen Rücklage entnommen werden (2024: 700.000 €, 2025: 1.600.000 €), um die nicht erreichbare Mindestzuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt zu ersetzen so- wie Investitionen im Vermögenshaushalt zu finanzieren.

Die Mindestzuführung kann daher auch im Finanzplanungszeitraum wahrscheinlich nicht erreicht werden.

Der Finanzplan auf Seite G52 dokumentiert, dass das Verhältnis von Neukreditaufnahme für Investitionen außerhalb der kostenrechnenden Einrichtung Abwasserbeseitigung auch unter Einbeziehung der Regie- betriebe Bauhof, Freiheitshalle und Krematorium sowie der Zweckverbände (Abfallzweckverband und Automobilzuliefererpark Hochfranken) zur ordentlichen Schuldentilgung in den Jahren 2023 bis 2025 unter 100 % beträgt, wie es in der Auflage im Bescheid über die Gewährung einer Stabilisierungshilfe für 2021 der Regierung von Oberfranken vom 09.12.2021 vorgegeben wird.

Die Gesamtverschuldung der Stadt Hof (inklusive der Verschuldung von Bauhof, Freiheitshalle und Kre- matorium) sinkt von 91,204 Mio. € Ende 2021 (kein Endergebnis) auf 88,21 Mio. € Ende 2025. Auch bei dieser Prognose sind mögliche Stabilisierungshilfen durch den Freistaat Bayern nicht berücksichtigt. Der Schuldendienst (Zins- und Tilgungsaufwand) im Kernhaushalt steigt in den Jahren 2022 bis 2025 mit 5,798 Mio. € im Jahr 2022 auf 6,161 Mio. € im Jahr 2025 nur geringfügig. Zudem sind dies lediglich 3,46 % des gesamten Verwaltungshaushaltes 2025.

In diese Finanzplanung wurden Konsolidierungsergebnisse aus dem am 25.06.2010 beschlossenen und am 28.07.2011, am 22.03.2013, am 23.05.2014, am 18.05.2015, am 25.04.2016, am 24.04.2017, am 25.02.2019, am 23.03.2020 und am 18.03.2021 fortgeschriebenen Haushaltskonsolidierungskonzept einbezogen.

Aufgrund der kaufmännischen Buchführung in den Betrieben müssen in der Haushaltssatzung 2022 ne- ben den Regelungen zum kameralem Kernhaushalt Regelungen zu den Wirtschaftsplänen im Bereich des Bauhofes, der Freiheitshalle und des Krematoriums getroffen werden.

Im Bereich der Wirtschaftspläne sind folgende Ergebnisse geplant:

1. Bauhof

Der Wirtschaftsplan des Bauhofs zeigt im Erfolgsplan einen geplanten Jahresfehlbetrag von 340.140 €. Die Aufwendungen durch Personal, Material, Zinsausgaben und Abschreibungen werden durch die Erträge aus den Leistungen für den kameralen Kernhaushalt sowie im geringen Umfang aus Leistungen für Dritte gedeckt. Der Jahresfehlbetrag wird durch die Jahresüberschüsse der Jahre 2013 bis 2020 gedeckt. Im Vermögensplan zeigt sich, dass zur Tilgung der vorhandenen Kredite und für die Beschaffung der erforderlichen Fahrzeuge, Maschinen, Geräte sowie Erstellung der erforderlichen Bauten die planmäßigen Abschreibungen zur Finanzierung nicht ausreichen und damit Kredite im Umfang von 1.825.690 € aufgenommen werden müssen. Darin sind Kreditaufnahmen im Umfang von 126.500 € für kostenrechnende Einrichtungen enthalten. Die daraus resultierenden Zinsaufwendungen und Tilgungsraten können über künftige Erträge des Bauhofs wieder erwirtschaftet werden.

Durch die derzeitige Konjunkturlage haben Fahrzeugbeschaffungen zum Teil zwischen 9 und 12 Monaten Lieferzeit. Deshalb müssen erstmalig für den Bauhof Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1.265.0000 € für die Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen genehmigt werden, um einen ordnungsgemäßen Betriebsablauf zu gewährleisten.

2. Krematorium

Der Wirtschaftsplan des Krematoriums zeigt im Erfolgsplan einen geplanten Jahresfehlbetrag von 106.020 €, der sich zum Teil aus einer Steuerzahlung für Vorjahre ergibt. Im Vermögensplan zeigt sich, dass zur Tilgung der vorhandenen Kredite und für die Beschaffung von Anlagevermögen die planmäßigen Abschreibungen zur Finanzierung ausreichen, so dass Kredite nicht aufgenommen werden müssen.

3. Freiheitshalle und Volksfestplatz

Der Wirtschaftsplan der Freiheitshalle und Volksfestplatz zeigt im Erfolgsplan einen Verlust von 2.668.740 €. Dieser hohe Verlust wird durch den nur geringen Betriebskostenzuschuss der Stadt Hof von 93.500 € im Jahr 2022 verursacht.

Bereits im Jahr 2021 wurde aus dem kameralen Kernhaushalt eine Kapitaleinlage von 1,5 Mio. € in den Regiebetrieb geleistet. Summiert man den Zuschuss 2022 von 93.500 € mit dieser Kapitaleinlage, so erhält man den Betrag von 1.593.500 €. Dieser Betrag von 1.593.500 € als Betriebskostenzuschuss im Jahr 2022 würde dazu führen, dass die Aufwendungen durch Personal, Material und Zinsausgaben durch die Erträge aus den Leistungen für Dritte bis auf einen Fehlbetrag von 1.168.740 € gedeckt wären. Dann verbliebe im Erfolgsplan ein voraussichtlicher Jahresfehlbetrag im Umfang von 1.168.740 €. Dieser Fehlbetrag entspräche der Höhe der Abschreibungen auf das Anlage- und Umlaufvermögen 2022. Damit würde die Stadt Hof wie bisher nur das laufende Defizit der Einrichtung tragen.

Durch den geplanten Verlust von 2.668.740 € im Jahr 2022 wird das durch die Kaitaleinlage 2021 erhöhte Eigenkapital im Jahr 2022 wieder entsprechend reduziert.

Im Vermögensplan zeigt sich, dass für die Beschaffung der erforderlichen Maschinen und Geräte, sowie für Maßnahmen des Anlagevermögens keine Kredite aufgenommen werden müssen.

In den Wirtschaftsplänen der Regiebetriebe Bauhof, Freiheitshalle und Krematorium sind **Prognosen hinsichtlich der Entwicklung der Jahresergebnisse für die Jahre 2023 bis 2025** enthalten.

Bei der Freiheitshalle ist ersichtlich, dass trotz steigender Aufwendungen durch Lohn- und Preissteigerungen der bereinigte aktuelle Zuschussbedarf aus dem kameralen Kernhaushalt in den Jahren 2023 bis 2025 konstant gehalten werden kann. Wie geplant ergibt sich in den Jahren 2023 bis 2025 wie bis zum Jahr 2021 damit jeweils ein Jahresfehlbetrag in Höhe der jeweils nicht gedeckten Abschreibungen.

Beim Krematorium ist ersichtlich, dass die derzeitige Gebühr noch ausreichen wird, um die steigenden Aufwendungen durch Lohn- und Preissteigerungen in den kommenden Jahren 2023 bis 2025 auszugleichen. Die geringen zu erwartenden Jahresfehlbeträge werden nicht zu einer erheblichen und damit problematischen Reduzierung des Eigenkapitals führen.

Beim Bauhof zeigt die derzeitige Finanzplanung, dass in den Jahren 2023 bis 2025 geringe Jahresfehlbeträge von 43.130 € bis 225.550 € zu erwarten sind.

Bei den Regiebetrieben Bauhof, Freiheitshalle und Krematorium wird der Schuldenstand Ende 2025 nach diesen Prognosen bei 7,05 Mio. € liegen, die im Schuldenstand der Stadt Hof von 88,21 Mio. € zum Ende des Jahres 2025 enthalten sind.

Die Aufstellung des Haushaltsplanes 2022 zeigt, dass es immer schwieriger wird, die Anforderungen der Stabilisierungshilfebescheide der Regierung von Oberfranken zu erfüllen. Letztendlich ist es erforderlich, zunächst die Höhe der Nettoneuverschuldungsbeträge des Abfallzweckverbandes, des Zweckverbandes Automobilzuliefererparks Hochfranken sowie des Regiebetriebs Bauhof zu klären und daraus die dann noch mögliche Kreditaufnahme im kameralen Kernhaushalt zu errechnen.

Über die Haushaltssatzung und den Finanzplan ist entsprechend den Vorgaben der Bayer. Gemeindeordnung (siehe Art. 32 Abs. 2 Nrn. 4 und 5 GO) sowie der VV Nr. 2 zu § 24 KommHV-K getrennt zu beschließen.

Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag zur Festsetzung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Hof für das Haushaltsjahr 2022:

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14.03.2022 wurde das Beratungsergebnis vom 14.03.2022 dem Stadtrat mehrheitlich zur Beschlussfassung empfohlen.

Als Ergebnis der Vorberatungen wird daher der Stadtrat um folgende Beschlussfassung gebeten:

1. Der Haushaltsplan der Stadt Hof samt Anlagen sowie die Wirtschaftspläne des Bauhofs, der Freiheitshalle und Volksfestplatz und des Krematoriums werden nach den Entwürfen der Stadtkämmerei sowie aufgrund der Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und des Bauausschusses, letzte Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14.03.2022, beschlossen.
2. Aufgrund des Art. 63 ff. der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (BayRS 2020-1-1-I) erlässt die Stadt Hof folgende

„Haushaltssatzung

§ 1

- (1) Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im Verwaltungshaushalt	
in den Einnahmen und Ausgaben mit	171.662.460 €
im Vermögenshaushalt	
in den Einnahmen und Ausgaben mit	27.659.290 €
ab.	

- (2) Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan des Bauhofs für das Haushaltsjahr 2022 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im Erfolgsplan	
in den Erträgen mit	14.139.470 €
in den Aufwendungen mit	14.479.610 €

und

im **Vermögensplan**
in den Einnahmen und Ausgaben mit 2.962.470 €

ab.

- (3) Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan der Freiheitshalle und Volksfestplatz für das Haushaltsjahr 2022 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im **Erfolgsplan**
in den Erträgen mit 1.214.380 €

in den Aufwendungen mit 3.883.120 €

und

im **Vermögensplan**
in den Einnahmen und Ausgaben mit 2.494.800 €

ab.

- (4) Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan des Krematoriums für das Haushaltsjahr 2022 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im **Erfolgsplan**
in den Erträgen mit 481.560 €

in den Aufwendungen mit 587.580 €

und

im **Vermögensplan**
in den Einnahmen und Ausgaben mit 156.690 €

ab.

§ 2

- (1) Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 2.908.050 € festgesetzt.
- (2) Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Wirtschaftsplan des Bauhofs wird auf 1.825.690 € festgesetzt.
- (3) Im Wirtschaftsplan der Freiheitshalle und Volksfestplatz werden Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nicht festgesetzt.
- (4) Im Wirtschaftsplan des Krematoriums werden Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nicht festgesetzt.

§ 3

- (1) Im Vermögenshaushalt werden Verpflichtungsermächtigungen in der Höhe von 25.483.660 € festgesetzt.
- (2) Im Wirtschaftsplan des Bauhofs werden Verpflichtungsermächtigungen in der Höhe von 1.265.000 € festgesetzt.
- (3) Im Wirtschaftsplan der Freiheitshalle und Volksfestplatz werden Verpflichtungsermächtigungen nicht festgesetzt.

(4) Im Wirtschaftsplan des Krematoriums werden Verpflichtungsermächtigungen nicht festgesetzt.

§ 4

- (1) Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 20.000.000 € festgesetzt.
- (2) Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan des Bauhofs werden daneben nicht beansprucht.
- (3) Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan der Freiheitshalle und Volksfestplatz werden daneben nicht beansprucht.
- (4) Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Wirtschaftsplan des Krematoriums werden daneben nicht beansprucht.

§ 5

Die Hebesätze für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer wurden in der Satzung über die Festsetzung der Hebesätze bei den Realsteuern (Hebesatz-Satzung) vom 7. Dezember 2016 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

- | | |
|---|----------|
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (A) | 330 v.H. |
| b) für die Grundstücke (B) | 410 v.H. |

2. Gewerbesteuer

400 v.H.

§ 6

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2022 in Kraft.“

Beschlussvorschlag zum Finanzplan zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022:

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14.03.2022 wurde das Beratungsergebnis dem Stadtrat mehrheitlich zur Beschlussfassung empfohlen.

Als Ergebnis der Vorberatung wird daher der Stadtrat um folgende Beschlussfassung gebeten:

Der nach Art. 70 GO und § 24 KommHV-K aufzustellende Finanzplan zum Haushaltsplan 2022 wird in der Fassung vom 28.02.2022 gemäß Art. 32 Abs. 2 Nr. 5 GO beschlossen.

Aussprache:

Herr CSU-Fraktionsvorsitzender Fleischer hält folgende Rede:

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, sehr geehrte Anwesende,

die Haushaltsberatungen 2022 waren gefühlt die schwierigsten Beratungen seit mindestens zehn oder 15 Jahren. Die Diskussionsrunden in unserer Fraktion habe ich aufgehört zu zählen. Zuerst beschäftigte uns

der Verwaltungshaushalt intensiv. Anschließend entwickelten sich die Beratungen zum Vermögenshaushalt zu einer Mammutaufgabe.

Bereits nach den ersten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses im November 2021 war klar, dass wir den Verwaltungshaushalt nur mit extremen Maßnahmen so aufstellen können, um ihn dann mit Hilfe von Rücklagen in die Nähe der Genehmigungsfähigkeit zu bringen. Hierzu musste der Bauunterhalt um viele Millionen Euro gekürzt und der Straßenunterhalt komplett gestrichen werden. Darüber hinaus waren weitere Einsparungen nötig.

Die CSU-Fraktion hat den Verwaltungshaushalt-Kürzungsvorschlag der Kämmerei, die sogenannte Rote Liste, durchgearbeitet und einen eigenen umfassenden Kürzungsvorschlag eingebracht. Es freut uns, dass dieser in vielen Teilen umgesetzt wurde.

Als die Schlüsselzuweisungen bekannt gegeben wurden, konnten wir ein klein wenig aufatmen. Rund 1,4 Millionen Euro mehr als ursprünglich angesetzt, versetzten uns in die Lage, ein bisschen Straßenunterhalt in den Haushalt einzubringen und an der einen oder anderen Stelle konnten ebenso ein paar wenige Mittel eingestellt werden. Grundsätzlich gelangen uns aber keine großen Sprünge und wir mussten zur Erreichung der Mindestzuführung an die Rücklagen gehen.

Ende Januar stellte uns der Kämmerer im Hauptausschuss eine Machbarkeitsstudie zur Erreichung der Vorgaben des Stabilisierungshilfebeseids vor. Eine Machbarkeitsstudie, die zeigte, dass es wohl möglich ist, die geforderten Kriterien der Regierung zu erreichen. Allerdings zu einem Preis, den die Stadt Hof eigentlich nicht bezahlen kann, ja nicht bezahlen darf.

Ich habe in dieser Sitzung einen Vergleich aufgestellt, den ich gerne wiederhole. „Es ist so, wie wenn ein Mensch mit immensen Hüft- und Knieprobleme zur Verbesserung der Situation keine Krücken bekommt, sondern nur einen Stock. Diesen bekommt er aber nur, wenn er hierfür seine Schuhe auszieht. Im Nachgang muss er über ein Nagelbrett laufen“.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe damals für das von mir gemalte Bild viel Zuspruch erhalten, aber auch Kritik. Durchaus berechnete Kritik, denn die Stadt Hof muss sich wahrlich nicht über fehlende Unterstützung beklagen. Die vielen Stabilisierungshilfen, die unzähligen Förderungen. Alles war sehr wichtig für unsere Stadt, vor allem für die Schuldenentwicklung der letzten Jahre. Dennoch wird mit den uns auferlegten Vorgaben nur auf die finanzielle Seite der Medaille gesehen. Die andere Seite, nämlich das Anlagevermögen und dessen Erhalt, die Entwicklungspotenziale und die Kraft des ehrenamtlichen Engagements werden überhaupt nicht betrachtet. Ich werde hierzu später noch weitere Gedanken formulieren.

Parallel zu dieser Machbarkeitsstudie fanden wie immer die Sitzungen der Beiräte statt. Mit jedem einzelnen Bericht aus den Beiräten haben wir uns in der CSU-Fraktion umfangreich befasst und Prioritäten gesetzt. Sehr erschrocken waren wir allerdings von der Berichterstattung unserer Mitglieder im Feuerwehrbeirat. Bei der Freiwilligen Feuerwehr Hof gibt es keinen Schwarz-Weiß-Bereich. Gerade dieser ist aus Gründen des Gesundheitsschutzes dringend notwendig. Darüber hinaus existieren keine gesonderten Sanitärräume für Frauen.

Das Ergebnis unserer fraktionsinternen Beratungen war, dass der Beginn des zweiten Bauabschnitts der Feuerwehr, der seit vielen Jahren immer wieder aufgeschoben wurde, nun endlich angegangen werden muss. Die vielen Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr opfern seit vielen Jahren ihre Freizeit, im schlimmsten Fall setzen sie ihr Leben aufs Spiel. Sie sollen jederzeit in der Lage sein, zu retten, zu bergen, zu schützen und zu löschen. Dies alles funktioniert nur mit einer entsprechenden Ausrüstung. Aber es bedarf auch der zeitgemäßen Räumlichkeiten, die den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

Die CSU-Fraktion lieferte dem Kämmerer einen Vorschlag für den Vermögenshaushalt zur Umsetzung der geforderten Vorgaben. Natürlich konnte dieser nicht 1:1 übernommen werden, das haben wir auch nicht erwartet. Allerdings trägt der uns nun vorliegende Haushalt die Handschrift der CSU-Fraktion.

Nun werfe ich einen Blick auf die mittelfristige Finanzplanung, die auch als „Festival der Nullen“ bezeichnet werden kann. So viele Nullen in einem 52 Seiten starken Werk habe ich selten gesehen.

Hier nur einige Beispiele:

Generalsanierung Rosenbühl: 0

Saalebrücke zwischen Alsenberg und Wartturmweg: 0

Straßenumgestaltung zum Quartierstreff am Gärtla: 0

Brücke Mittlerer Anger: 0

Viele Kanalauswechslungen: 0

Investitionszuschuss Neubau Busbahnhof: 0

Fassadensanierung der Freiheitshalle (läuft über Vermögensplan der Halle): 0

Viele Straßen, Rad- und Gehwege, sei es Neu- oder Ausbau: 0
Sanierung der Umkleiden grüne Au: 0

Die dringend notwendige Ortsumgehung Leimitz findet sich zumindest in den Haushaltsplanungen 2024 und 2025 wieder.

Den ersten Teil-Ansatz der Friedrich-Ebert-Brücke findet man im Jahr 2025.

Die Erweiterung der Münster-Mittelschule kann auch erst im Jahr 2025 beginnen, wenn man diesen Finanzplan zugrundelegt.

Diese kurze Aufzählung der nicht möglichen Investitionen zeigt deutlich, wie weit die Schere zwischen dem wirklich Notwendigen und dem tatsächlich Möglichen auseinander geht.

Die Stadt Hof benötigt also dringend Unterstützungen, wie es die vielen Förderungen und die Stabilisierungshilfen in den vergangenen Jahren waren und auch heute noch sind. Die Vorgaben des Stabilisierungsbescheids allerdings sind der Auftakt zu einem größtmöglichen Investitionsstau. Wir wollen nicht zurück in die 1990er oder in die Anfänge der 2000er. Dazu später mehr.

Nach Ansicht der Regierung haben wir entweder zu hohe Ausgaben oder zu geringe Einnahmen. Werfen wir einen kurzen Blick in den Bescheid der Stabilisierungshilfe 2021. Ich zitiere nur kleine Ausschnitte:

„Reduzierung der freiwilligen Leistungen im Verwaltungshaushalt 2022 im Vergleich zum Durchschnitt der abgerechneten Jahre 2018 bis 2021.

Vorlage einer vollständigen Aufstellung über alle freiwilligen Leistungen im Vermögenshaushalt. Insbesondere Investitionen in defizitären freiwilligen Einrichtungen sind zu berücksichtigen.

Überprüfung und Fortschreibung des mit dem Stabilisierungshilfeantrag 2021 vorgelegten Investitionsprogramms, da kommen noch ein paar Zeilen, hierbei sind insbesondere folgende Punkte zu beachten:

Investitionen im Pflichtaufgabenbereich sind gegenüber freiwilligen Maßnahmen grundsätzlich höher zu priorisieren. Hohe Förderungen und Fördersätze, insbesondere für Maßnahmen im freiwilligen Bereich, rechtfertigen allein keine hohe Priorisierung.

Sofern notwendig und möglich, müssen auch Pflichtaufgaben gestreckt oder verschoben werden.

Die geplanten Investitionen müssen im Rahmen der eigenen finanziellen Leistungsfähigkeit finanzierbar sein.“

Zitat Ende.

Überwiegend geht es um freiwillige Leistungen, sowohl im Verwaltungs- als auch im Vermögenshaushalt. Deshalb betrachte ich die freiwilligen Leistungen besonders betrachten.

Hof ist Oberzentrum. Diesen Fakt haben sich weder die Hofer Bürgerinnen und Bürger noch der Hofer Stadtrat ausgedacht. Nein, Hof wird im Anhang 1 des Landesentwicklungsplans Bayern als Oberzentrum ausgewiesen. Jetzt kommt die Frage auf: „Was bedeutet denn Oberzentrum?“ Liest man im Landesentwicklungsplan Bayern weiter, stößt man unter anderem auf folgenden Satz: „Die als Oberzentren eingestuftten Gemeinden, die Fachplanungsträger und die Regionalen Planungsverbände sollen darauf hinwirken, dass die Bevölkerung in allen Teilräumen mit Gütern und Dienstleistungen des spezialisierten höheren Bedarfs in zumutbarer Erreichbarkeit versorgt wird.“

Die nächste Frage stellt sich nun, was steckt hinter dem Begriff „spezialisierte höherer Bedarf“. Dies sind zum Beispiel an das Abitur anschließende Bildungsstätten, Sportstadien, Großkrankenhäuser, Theater, Museen, umfassende Einkaufsmöglichkeiten, usw.

Dies alles ist aber nur logisch, wenn man diese Festlegung auch konsequent in die Tat umsetzt. Denn vieles, was als „Freiwillige Leistung“ eingestuft wird, fußt auf der Festlegung als Oberzentrum.

Immer wieder werden beispielsweise die Zuschüsse an unsere hervorragenden kulturellen Einrichtungen als freiwillige Leistungen bezeichnet. Um es in aller Deutlichkeit und Nachhaltigkeit zu sagen: „Für die CSU-Fraktion sind dies keine freiwilligen Leistungen, sondern zwingend notwendige Zuschüsse. Wir stehen geschlossen hinter diesen Zuschüssen, denn wir sind uns der oberzentralen Aufgabe Hof bewusst und in hohem Maße auf die große Reichhaltigkeit der kulturellen Einrichtungen der Stadt Hof stolz. Ich denke an das Theater Hof und die Hofer Symphoniker, ich denke an die Hofer Filmtage, an das Museum, und die Your-Stage-Festivals, ich denke an die Filzfabrik, das Galeriehaus und das Kunstkaufhaus und ich denke an noch vieles mehr. Gemeinsam sorgen sie für attraktive kulturelle Angebote nicht nur für die Hoferinnen und Hofer, sondern für die gesamte Region. Die Strahlkraft der Hofer Kultur ist mittlerweile ein wesentlicher Standortfaktor geworden.

Über den Tellerrand hinaus betrachtet, sprechen wir von mehr als 300 hochqualifizierten Arbeitsplätzen in diesem Bereich. Also mehr als 300 Menschen mit ihren Familien. Sie alle tragen zu einer positiven Entwicklung und der kulturellen Identität der Stadt Hof bei.

Kann man hier noch von freiwilligen Leistungen sprechen?

Ein weiterer Aspekt bringt mich bei dem Ausdruck ‚freiwillige Leistungen‘ ins Zweifeln.

Das Theater beispielsweise, wird nicht nur durch die Stadt Hof bezuschusst, sondern das Theater erhält auch für seine Existenz maßgebliche Zuschüsse des Freistaats. Hierüber sind wir dankbar, denn nur so sind exzellente Aufführungen und ein solch breitgefächertes, deutschlandweit anerkanntes Angebot möglich. Die Höhe des Freistaat-Zuschusses ist aber direkt an den Theater-Zuschuss der Stadt Hof gekoppelt. Das gleiche gilt für die ebenso renommierten Hofer Symphoniker und deren deutschlandweit einzigartige orchestereigene Musikschule mit über 1.100 Schülerinnen und Schüler.

Als weiteres Beispiel dienen die vielen Hofer Sport-, Kultur- oder anderen Vereine. Sie kümmern sich mit einem hohen Maß an ehrenamtlichem Engagement um die Integration, egal in welcher Form, von Kindern und Jugendlichen. Diese Vereine helfen durch ihre Arbeit indirekt die Kosten der Jugendhilfe zu reduzieren. Also sind diese dringend notwendigen Unterstützungen sehr wichtig. Leider sind es freiwillige Leistungen, die laut Ansicht der Regierung zu minimieren sind.

Ende der 1990er und Anfang der 2000er entwickelte sich in der Stadt Hof ein nicht zu beschreibender Investitionsstau. Dank vieler Höchstförderungen des Freistaats und einiger Förderungen des Bundes konnten viele Projekte, unter anderem auch nach dem Hofer Modell, finanziert werden. Einen wesentlichen Anteil zur Verbesserung der finanziellen Lage Hofs haben die Stabilisierungshilfen von bisher insgesamt über 50 Mio. Euro ausgemacht. So gelang es, diesen Investitionsstau zu minimieren. Minimieren bedeutet aber nicht, dass wir diesen Investitionsstau aufgeholt hätten. Aber wir befinden uns auf dem richtigen Weg und haben in den vergangenen Jahren einige unserer Gebäude und Bauwerke zumindest ansatzweise in einen ordentlichen Zustand versetzen können. Eine Aufzählung der mannigfaltigen, im Stadtgebiet sichtbaren Beispiele, erspare ich Ihnen.

Voraussetzung für den zu beschreitenden Weg ist allerdings, dass Schäden schnell behoben werden, dass vorausschauend instandgesetzt, renoviert und saniert wird. In anderen Worten, wir müssen uns weiterhin intensiv um unser Anlagevermögen kümmern, um uns nicht einen noch größeren Investitionsstau als zur Jahrtausendwende zu erarbeiten.

Zurück zum „Festival der Nullen“, also zu unserem Finanzplan. Die Notwendigkeit einer Sanierung oder eines Neubaus der beiden Schulen Rosenbühl und Münsterschule ist unbestritten. Das sind Investitionen in die Zukunft, in den Bildungsstandort Hof. Trotz hoher Fördermittel werden wir als Stadt Hof – und ich werfe jetzt einfach mal eine Zahl in den Raum – bestimmt 15-20 Millionen Euro Eigenanteil zu stemmen haben.

Im Bereich der Brücken dienen die Lessingbrücke, die Lego-Brücke und die untere steinerne Brücke als positive Beispiele für umgesetzte Sanierungen, bzw. Neubauten. Allerdings stehen die Brücken am Mittleren Anger, die Saalequerung zum Alsenberg und die Friedrich-Ebert-Brücke bereits in der Warteschleife oder besser, sie befinden sich im Investitionsstau. Die notwendigen Eigenmittel für diese Bauprojekte belaufen sich – wieder nur eine grobe Schätzung – sicher auf weitere rund 10 Millionen Euro.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe nun erst zwei Bereiche aufgegriffen. Notwendige Kanalerneuerungen, Straßensanierungen, Radwege, das Instandsetzen der Hallenfassade der Freiheitshalle und vieles mehr, machen grob geschätzt, 50 Millionen Euro oder noch mehr an Eigenanteilen in den nächsten, sagen wir, zehn Jahren erforderlich.

Wenn wir aber jetzt nichts investieren können, weil uns die Hände aufgrund der Finanzlage gebunden sind, wird der Investitionsrucksack so schwer, dass wir ihn gar nicht mehr tragen können. Das meinte ich mit dem von mir erwähnten Nagelbrett.

Bevor ich zum Ende meiner Ausführungen komme noch ein paar Gedanken bezüglich des Zuschussbedarfs im Sozialbereich, der bereits bei den Haushaltsberatungen intensiv diskutiert wurde. Fakt ist - und das vorneweg: Jeder einzelne hier investierte Euro ist richtig und gut angelegtes Geld. Aber die Kommunen müssen diesen Zuschussbedarf aufbringen. Egal wie. Die Kosten fallen an. Wir haben darauf keinen Einfluss. Klar hat der Bund vor einigen Jahren bei den sogenannten Kosten der Unterkunft die Kommunen entlastet. Das ist gut, wir haben uns gefreut, aber der große Wurf war es – zumindest für die Stadt Hof – nicht. In Hof sind vor allem die Bereiche der Jugendhilfe, hier besonders die Heimunterbringungen die Kostentreiber. Die Statistik zeigt, dass in Hof die Zahlen der Schulabgänger ohne Abschluss oder aber die Arbeitslosigkeit deutlich höher liegen als in anderen Städten. Dass hier ein direkter Zusammenhang zu den Sozialausgaben besteht, ist unbestritten.

Ich habe mir die Arbeit gemacht und mir die Haushaltspläne einiger anderer kreisfreier Städte angesehen. Dort sind die Steigerungen des Zuschussbedarfs der Sozialausgaben nicht so gravierend wie in der Stadt Hof.

Lagen wir im Jahr 2013 noch bei einem Zuschussbedarf von rund 18 Millionen Euro, so sind es heute satte 30,5 Millionen Euro. Das entspricht einer Steigerung von rund 70% in zehn Jahren. Allein in den letzten vier Jahren ist ein Anstieg von rund 40% zu verzeichnen.

Ich bin mir bewusst, dass dies jetzt eine sehr hypothetische Rechnung ist, aber ich mache sie dennoch auf. Nehmen wir einmal an, die Steigerungen des Zuschussbedarfs bei den Sozialausgaben wären bei der Stadt Hof ähnlich niedrig ausgefallen, wie bei anderen, vergleichbaren kreisfreien Städten. Dann wären die Schlüsselzuweisungen unter Umständen geringer, die Bezirksumlage sicher höher und andere Zuweisungen auch geringer ausgefallen, aber unter dem Strich hätten wir sicher einen ordentlichen Millionenbetrag weniger an Ausgaben gehabt.

Natürlich sind dies schon gewagte Rechnungen, aber sie verdeutlichen die Sondersituation unserer Stadt. Weshalb erkennen nur wir, dass wir die Sozialausgaben nicht beeinflussen können und diese nicht von der Stadt zu verantworten sind?

Deshalb, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, Sie müssen auf allen Ebenen, im Städtetag, in München und in Berlin diese Sondersituation erläutern, erklären, darlegen, vorrechnen und immer wieder predigen. Denn nur mit klar formulierten Forderungen können wir weitere Unterstützungen vom Land und vom Bund erwarten.

Lassen Sie mich noch kurz auf mögliche Einnahmen eingehen.

Um einerseits mehr Gewerbesteuern in die Stadtkasse zu spülen, benötigen wir beispielsweise Gewerbegebiete. Der Ansatz für den Ankauf von Gewerbeflächen musste dem Rotstift zum Opfer fallen. Die Stadt Hof könnte über die Einkommensteuerumlage mehr Mittel generieren. Hierzu muss eine Zuwanderung von Menschen mit mittleren und gehobenen Einkommen erzielt werden. Dies könnte erfolgen, indem wir, wie schon häufig von der CSU-Fraktion gefordert, viel mehr Baugebiete in Hof ausweisen. Die Mittelanforderung zum Ankauf solcher Flächen musste im Vermögenshaushalt aber gestrichen werden, um die Vorgaben der Stabilisierungshilfe zu erreichen.

Dennoch gibt es für die CSU-Fraktion einen Ansatz.

Der Ministerpräsident hat der Stadt Hof die Schaffung des geplanten Polizeibesorgungsamts zugesagt. Wenn der Staat in der Stadt Hof in das neue „Logistikzentrum Polizei Bayern“, so die offizielle Bezeichnung, investiert, wäre das eine effiziente Strukturförderung. Rund 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Behörde in der Stadt. Das wären genau die Kunden, die unserem Einzelhandel fehlen, genau die Gäste, die sich unsere Gastronomiebetriebe wünschen und genau die Menschen, die Geld in die Stadt bringen. Natürlich ist mir klar, dass nun gleich Gegenpositionen aufgemacht werden. „Die vielen Lkw in der Stadt“, „Da ist viel zu wenig Platz“, „Das Beschaffungamt muss wegen der Logistik am Stadtrand angesiedelt werden“.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, meinen Sie wirklich, dass die Ausschreibung und Beschaffung von Dienstfahrzeugen - die Polizei verfügt über rund 8.000 - , von Bekleidung für 25.000 -30.000 Uniformträger, von Funk- und Kommunikationstechnik sowie von Waffen und Einsatzmittel ausschließlich über ein Zentrallager laufen? In Anbetracht der Aufgabenschwerpunkte des Logistikzentrums, welche in den Bereichen Einkauf, Beschaffungskoordination und Vergabeverfahren liegen, stellt sich für mich vielmehr die Frage der Unterbringung der 200 Beschäftigten mit der Schaffung von attraktiven und zukunftsorientierten Arbeitsplätzen. Diese qualifizierten Mitarbeiter erwarten Einkaufs- und Gastronomieangebote, wie sie nur innerhalb des Stadtgebiets zu finden sind. Sie erwarten in ihrem Umfeld eine Infrastruktur mit einem funktionierenden ÖPNV (ich erinnere, der Zuschuss für den Bau eines Busbahnhofs wurde bis 2025 auf 0 gesetzt). Und sollte dennoch eine größere Lagerfläche nötig werden, schließt es ja das eigentliche Amt inmitten der Stadt nicht aus.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, hier müssen Sie tätig werden. Sie müssen die zuständigen Beamten bei der Regierung, die Staatssekretäre, die Minister, ja auch dem Ministerpräsidenten die Sondersituation in Hof erläutern. Sie müssen erklären, weshalb 200 gut bezahlte Arbeitsplätze in der Stadt Hof gerade in der jetzigen Situation dringend nötig sind. Sie müssen erklären, dass, wegen der besonderen und repräsentativen Bedeutung des Logistikzentrums als bayernweite Einrichtung, diese Teilbehörde ihren Standort im Oberzentrum Hof finden muss.

Fakt ist und das ist das Fazit: Hof braucht finanzierte Perspektiven für die Zukunft, Hof muss sich ebenso entwickeln können, wie andere vergleichbare Städte, Hof braucht mehr strukturelle Hilfen

Am Ende meiner Ausführungen bedanke ich mich im Namen der CSU-Fraktion bei Ihnen, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Döhla und bei Ihnen, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Bier für die vertrauensvolle Zusammenarbeit während der Haushaltsberatungen und darüber hinaus.

Sehr geehrter Herr Fischer, Ihnen und Ihrem Team dankt die CSU-Fraktion für die hervorragende Arbeit, vor allem für die beispielhafte Aufbereitung der Unterlagen, ganz besonders. Sie haben uns in gewohnt souveräner Art und Weise durch die Haushaltsberatungen geführt.

Mein Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen hier im Stadtrat für das reibungslose Arbeiten während der Haushaltsberatungen, aber auch für die offenen Worte bei Meinungsverschiedenheiten.

Der Dank der CSU-Fraktion erstreckt sich auf alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der gesamten Stadtverwaltung. Sie alle arbeiten mit ganzem Herzen für unsere schöne Heimatstadt. Die CSU-Fraktion stimmt der Vorlage der Verwaltung in beiden Punkten zu.

Danke!

Frau stellvertretende Fraktionsvorsitzende B ö h m führt folgendes aus:

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, Herr Fischer,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund persönlicher Verhinderung unseres Fraktionsvorsitzenden, Florian Strößner, wird mir die Ehre zuteil für die SPD-Fraktion zur heutigen Haushaltsverabschiedung zu sprechen.

Ich habe schon viele Haushalts-Verabschiedungen mitgemacht und jeder Haushalt hatte seine Besonderheiten bzw. Herausforderungen.

Nach „Konsolidierung bis es nicht mehr verantwortbar war“ und endlich genehmigten Haushalten, dachten wir, nun können wir für Hof mit Zuversicht in die Zukunft schauen, da kam Corona. Und als wir dachten schlimmer kann es nicht kommen - ich meine damit nicht den harten Stabilisierungsbescheid aus Bayreuth - sondern seit Freitag, den 24. Februar 2022, ist alles anders, es herrscht Krieg in der Ukraine. Für uns, die Generation, für die Abrüstung, Wehrdienstverweigerung, Willy Brandts Kniefall, Lebensmotto waren, ist dieses Ereignis einfach unterirdisch. Alles tritt in den Hintergrund. Genehmigungsfähiger Haushalt, was soll's.

Aber gerade in dieser Zeit muss die Kommune handlungsfähig bleiben, denn auf uns kommt wieder die große Herausforderung zu, Menschen aufzunehmen, sie unterzubringen, deshalb ist ein genehmigungsfähiger HH wichtig, um die Handlungsfähigkeit der Kommune, auch im humanitären Bereich, zu erhalten.

Bevor ich auf den Haushalt 2022 komme, möchte ich einen kurzen Blick zurückwerfen auf 2021. Trotz Corona müssen wir unser Licht nicht unter den Scheffel stellen, viel wurde erreicht und auf den Weg gebracht.

Hof als Industriestandort entwickelt sich weiter, der Containerterminal ist ein Blickfang, der Portalkran steht imposant am Bahnhof, für Besucher und Bewohner der Stadt gut sichtbar. Unser Genosse und ehemaliger Landrat Bernd Hering hat sich darum verdient gemacht, „Stadt und Land – Hand in Hand“, deshalb wurde am Containerbahnhof die Bernd-Hering-Straße eingeweiht.

Die Anlage der Firma Amazon im Gewerbegebiet Haidt, ist ein Blickfang. Im Mai 2022 wird die Firma an den Start gehen. 2000 Arbeitsplätze mit unterschiedlichen Anforderungsprofilen entstehen. Zunächst wird mit 1000 Arbeitnehmern begonnen. Die Verkehrsentwicklung wird von der Stadt begleitet. Die Firma steht dem ÖPNV aufgeschlossen gegenüber und auch mit dem Fahrrad ist der Weg zur Firma erschlossen. Auf den Schwerlastverkehr, Plauer Straße/Schleizer Straße, wird geachtet. Nur so viel: Verkehrszählungen werden vorgenommen und daraus die entsprechenden Konsequenzen gezogen.

Die Ansiedlung der Firma Mosolf wird seitens der Stadt weiter verfolgt, auch ohne Beteiligung der Gemeinde Feilitzsch.

Das Erscheinungsbild der Stadtverwaltung macht Eindruck. Das Bürgerzentrum wurde endlich dem aktuellen Standard angepasst und bürgerfreundlich gestaltet. Eine Win-Win-Situation für Bürger und Mitarbeiter.

Die Bauverwaltung ist in den Rathausanbau eingezogen. Endlich hat das Bauamt, das eine immense, nicht zu unterschätzende Außenwirkung hat, repräsentative Räume für Bürger und Mitarbeiter gefunden. Der Innenhof im Rathausanbau wird, meiner Ansicht nach, ein Treffpunkt für Bürgerfeste und Veranstaltungen der Stadt Hof werden.

Stadtmarketing, der Name Carsten Reichel ist damit verbunden, wird nun direkt an die Stadtverwaltung angebunden und das Citymanagement wird weiterverfolgt. Also nicht nur das bauliche Erscheinungsbild, sondern auch die personelle Ausstattung ist wieder so aufgestellt, dass sie den Herausforderungen, die die Innenstädte im Laufe der Zeit erfahren haben, gewachsen sind.

Corona, der große Schrecken, ist durch finanzielle Mittel - der Kämmerer hat es ausgeführt - Gewerbesteuerzahlungen abgedeckt worden. Die Oberbürgermeisterin ist initiativ geworden und hat die Folgen abgesagter Feste, ich nenne Schlappentag, Volksfest, durch die Sommergaudi abgemildert. Dank dafür!

Mit der VHS Hofer Land ist eine Institution in die Stadt eingezogen und bietet damit ein erfolgreiches Beispiel für die Belegung der Innenstadt und die Belegung eines Leerstandes.

Wir, die SPD-Stadtratsfraktion, werden uns weiter für das Studentenwohnheim in der Schützenstraße stark machen.

Beim Blick zurück auf 2021 muss das engagierte Eingreifen unserer Oberbürgermeisterin ins Blickfeld gerückt werden. Sie hat gezeigt, dass sie Freude am Amt hat, trotz widrigen Einstiegs, Ausbruch der Corona Pandemie, Probleme mit der Firma, die die Schaustelle/Ersatzspielstätte für das Theater errichtete. Sie hat es geschafft, mit Freundlichkeit und Empathie Altlasten zu beseitigen bzw. anzugehen, denen der Vorgänger keine Beachtung beimaß:

WC-Situation im Winter am Untreusee wurde mit Gastronom Grüner gelöst.

Am Hauptbahnhof wurde eine WC-Anlage am Bahnsteig gebaut.

Das Wärschlamo Logo ist in trockenen Tüchern.

Der Streit um die Bushaltestelle Unterkotzau wurde mit den Bürgern zufriedenstellend gelöst.

Die Weihnachtsbeleuchtung wird angegangen, um den sogenannten „Hofer Weihnachtsvorhang“ als Alleinstellungsmerkmal wieder zum Leuchten zu bringen.

Nun zum HH 2022:

Der Stabilisierungsbescheid war ein herber Schlag, aber dank der Kämmerei, Herrn Fischer und seiner Mannschaft, unter Einbeziehung der Fraktionen, die neben den Einsparungsvorschlägen der Kämmerei ebenfalls zielführende Vorschläge unterbreiteten, konnte ein genehmigungsfähiger HH aufgestellt werden. Die Zahlen und Daten zum Vermögenshaushalt hat uns Herr Fischer vorgetragen.

Die Mittelverwendung wurde so gestaltet, dass wichtige Dinge gemacht werden können, die die Stadt für die Bürger lebenswert machen. Darüber steht der genehmigungsfähige HH, der der Stadt die Souveränität der kommunalen Selbstverwaltung gibt, d. h. Dinge selbst zu entscheiden.

Ich will jedoch mit dem beginnen, was nicht geht:

- Grüne Au (tut weh für Hof als Sportstadt)
- Brücke Mittlerer Anger (Kontraproduktiv zur Innenstadtbelegung)
- Neubau der Spielplätze Bismarckturm, Mühlendam und Untreusee

Aber wir haben viele für die SPD-Fraktion wichtige Vorhaben im Haushalt untergebracht:

Bei der FFW - Herr Kollege Fleischer hat es ausgeführt - geht der Bau weiter, dies war uns ein Anliegen. Das ist eine wichtige Entscheidung, die wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben, denn damit werden die rechtlichen für einen örtlichen Betrieb geschaffen, schwarz-weiß-Abteilung, Sozialräume für Männer und Frauen. Die Attraktivität der Feuerwehr muss erhalten bleiben, denn die FFW ist von den Kosten her beherrschbar und sie prägt das Bild der Innenstadt.

Der Bauhof hat endlich ein neues Sozialgebäude erhalten, wir wollen durch die Entscheidung, Fortsetzung der Baumaßnahme zeigen, dass uns die Feuerwehr ebenso am Herzen liegt. 30 Mio. für den Sozial-

letat, das waren und sind die Herausforderungen für die Stadt. Dabei liegen uns, der SPD-Fraktion, vor allem die Kinder am Herzen und deshalb wurde trotz der Sparmaßnahmen an Folgendem festgehalten:

- Die Planungskosten für den Verkehrsübungsplatz werden eingestellt
- Hof will seinen Ruf als Fahrradstadt verbessern, der Umwelttag wird zum Tag Fahrrad statt Auto, für die Radwege werden anteilige Mittel beim Straßenbau eingestellt, Förderprogramme für Fahrradroutes werden abgegriffen. Dann kann die Fahrradprüfung für unsere Jüngsten nicht weiter in der Betriebshalle der HofBus abgehalten werden
- Mittel für die Instandhaltung der Spielplätze werden eingestellt. Ein neuer Spielplatz, nämlich ein Wasserspielplatz in den Saaleauen, übrigens ein SPD-Antrag, soll entstehen.
- der Kinderpass, Dank an Herrn Klaus Wulf und seine Mannschaft, wird eingeführt.
- zurück zum Fahrrad: Förderung für Lastenräder wird es geben
- Reparaturstationen für Fahrräder
- was den Verkehr angeht, so werden weitere Geschwindigkeitsmessanzeigen angeschafft
- die Wohnmobilstellplätze am Untreusee werden um eine weitere Strom- und Wasserversorgung erweitert. Damit wird der Tourismus gestärkt, ohne den Verkehr in der Innenstadt zu erhöhen.
- Endlich werden die Toiletten am Friedhof angegangen und in einen ordentlichen Zustand gebracht. Das ist schon mehr als überfällig. Bisher muss man sich schämen vor den Trauergästen. Am Urnenhain und Urnengarten am Friedhof wird weitergearbeitet. Dies ist dringend erforderlich, nachdem sich die Bestattungskultur weg von der Erdbestattung entwickelt.
- Investitionen in die Schulen: Hier ist anzumerken, dass wir mit der Beschaffung von Luftfiltern für die Schulen die richtige Entscheidung getroffen haben, auch wenn heute diese negative Nachricht kam, sind wir trotzdem weiterhin der Auffassung, dass es richtig war und wir werden sehen, wie sich das in Zukunft weiter darstellen wird. In die Digitalisierung der Schulen ist eine halbe Million geflossen, die Fördergelder nicht mitgerechnet.
- Eine neue Schule entsteht, die Christian-Wolfrum-Schule 2. Vor Jahren wurde noch von Schulschließung gesprochen. Wir sind über diese gegenläufige Entwicklung glücklich. Am Montag werden wir ja auch in der Vollsitzung über das neue Schulkonzept und somit auch über die Schülerzahlen informiert.
- Hof hat Lebensqualität, lassen wir uns auch etwas kosten:
Pflege der Grünanlagen, Untreusee mit kostenlosem Parken, ob das so bleibt, wird sich zeigen
Kostenloser Besuch des botanischen Gartens, der weit über Hof hinaus bekannt ist.
Zweiter Bauabschnitt Eisteich wird bald eingeweiht, eine Spielwiese für die junge Generation. Immer im Blick das gute Miteinander der Nutzer und Anwohner.
- 200.000 € für Hochwasserschutz. Hier spielt der Klimawandel eine Rolle. Weiteres wird dazu wohl von der Grünen Fraktion zu hören sein.

Was im Blickfeld gehalten werden muss:

Das Strauß-Areal - der städtebauliche Wettbewerb wird mit Mittelbereitstellung verankert. Hier muss weitere Bewegung in die Sache kommen, unsere Oberbürgermeisterin lässt sich durch die Hinhaltetaktik des Investors nicht entmutigen. Endlich wird Druck auf den Eigentümer ausgeübt! Schillerstraße, Absicherung und Zwischennutzung sind nur ein paar Schlagworte. Die Oberbürgermeisterin wird weiterhin das optische Herausputzen des Areals verfolgen, dies sind wir den Anwohnern und Geschäftsleuten schuldig.

Wie sieht es für 2022 aus? Was sind die Prioritäten, die die SPD-Fraktion sich setzt?

Der ÖPNV: Das Gutachten liegt noch nicht vor, aber ich darf für die SPD sagen, dass für uns der beste Standort für den Busbahnhof vor dem Hauptbahnhof ist. Wir begrüßen die Initiative unserer Oberbürgermeisterin, den Verkehrsverbund Hofer Land wieder ins Gespräch zu bringen und endlich vielleicht auch zu einem Ergebnis.

Auch das Thema VGN ist zu debattieren, aber nicht um jeden Preis.

Sobald das Gutachten für den neuen ÖPNV vorliegt, sind die Planungen für den neuen ÖPNV in der Stadt in Angriff zu nehmen. Die Direktvergabe an die Stadtwerke ist für uns von Bedeutung.

In der Wohnbebauung muss es vorangehen. In der Innenstadt Leerstandsbelegung (die Leerstandsmanagerin hat die Arbeit aufgenommen) und neue Baugebiete müssen in 2022/2023 ausgewiesen werden. Ich nenne hier den Lückenschluss Hofeck-Unterkotzau, den Trappenberg und die Leopoldstraße.

Die Neubürger, z. B. zukünftige Beschäftigte von Amazon sollen in der Stadt gehalten werden.

Es gibt viel zu tun. Dank an alle, die konstruktiv mitgearbeitet haben.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2022 samt Finanzplan mit Freude zu!

Dankeschön.

Herr Fraktionsvorsitzender (FAB/Freie) R a m b a c h e r ergreift das Wort:

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Gäste, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
zur Ukraine sag ich jetzt mal bewusst nichts und lasse das Thema mal am Rande liegen.

Also hier in Hof als Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, fühlt man sich wie ein Mitglied eines Orchesters- aber leider Gottes eines Streichorchesters, mit einer Partitur, in der jeder Takt und jeder Ton vorgegeben sind, mit einem Dirigenten, der den Laden zusammenhält und der auch leider Gottes die strikten Vorgaben einhalten muss. Der aus einer uninspirierten Komposition das Beste macht. Was von manchem Kritiker, wie ich es jetzt von Frau Böhm gehört habe, da denkt man ja, man wohnt im Paradies, hochgejubelt wird und als großer Wurf bezeichnet wird, was aber beim Publikum Langeweile und Irritation auslöst, weil jegliche Kreativität und Spritzigkeit durch eine dominierende Streicherfraktion und zu wenige andere erfrischende Instrumente und Elemente verhindert wird. Nicht selten beherrscht also Missklang diesen Klangkörper. Trotzdem müssen wir unserem Dirigenten, Herrn Fischer, danken, denn er hat wieder einen Finanz- und Haushaltsplan gezaubert, mit dem die Finanzaufseher in Bayreuth wohl auch - so hoffen wir zumindest - einverstanden sein werden.

Wir Stadträte sind an dieses Korsett der Partitur gebunden, werden gezwungen zu streichen und zu spielen, was die restriktiven Notationen vorgeben. Wenn die Oberbürgermeisterin meint, wir hätten den Haushalt "mitgestaltet", kann ich nur sagen, wir haben nicht mitgestaltet, sondern mitgestrichen und mitverwaltet. Wir machen Politik nach Fördertöpfen. Da ist kein Platz mehr für Ideen, für freie Improvisationen. Die fehlen vollständig. Wir sind abhängig – ich will es nicht wiederholen - von den Vorgaben des Stabilisierungskonzepts, von den 75 Prozent Kreditaufnahmen, die uns aufgedrängt werden. Im Gegensatz zu letztem Jahr: wieder ein Anziehen der Daumenschrauben für Kommunen, die auf Stabilisierung angewiesen sind. Wir brauchen die Stabilisierungshilfen dringend, sonst gibt es keinen genehmigten Haushalt, kein Schuldenabbau wäre möglich gewesen. Diese Vorgaben sind jedoch eine völlige Fremdbestimmung, die jedem Gestalter ein Graus ist und unserem Gremium eigentlich die Daseinsberechtigung abspricht. Es fehlt uns weitgehend die Luft zum Atmen. Ich frage Sie, meine Damen und Herren, ob diese Arbeit und der Zeitaufwand noch Spaß und Sinn machen. Jeder von uns hat sich sicher schon diese Fragen gestellt.

In einer offiziellen Mitteilung der Stadt Hof vom 8. Februar 2022 werden diese grundsätzlichen Probleme noch einmal deutlich. Ich zitiere: „ Seit über 20 Jahren muss der Haushalt der Stadt Hof eng geschnürt werden. Dadurch waren und sind wichtige Investitionen letztlich nicht finanzierbar, sowohl im Sanierungs- als auch im Neubaubereich. Generell hat die Stadt Hof im überörtlichen Vergleich geringe Einnahmen. Bei der Aufstellung der Steuerkraft belegt Hof seit Jahren den letzten oder vorletzten Platz im Vergleich zu den anderen bayerischen kreisfreien Städten. Hintergrund dafür sind vor allem die spärlichen Einnahmen bei der Gewerbesteuer und im überörtlichen Bereich geringe Anteile an der Einkommenssteuer. Seit mehreren Jahren muss die Stadt hohe Sozialausgaben bestreiten, die fast vollständig gesetzlich vorgegeben sind. Hier bleiben der Verwaltung wenig Spielräume oder Einwirkungsmöglichkeiten. Die Sozialausgaben sind in den letzten fünf Jahren deutlich weiter angestiegen, hauptsächlich im Bereich der Jugendhilfe. Ein normaler Bauunterhalt ist so nicht zu leisten. Auch fehlen Gelder für dringend erforderliche Neubauten. Trotz höchster Förderung durch den Freistaat Bayern sind die Bauvorhaben teilweise nicht zu finanzieren, da die Stadt den Eigenanteil nicht aufbringen kann“. Beispiele: Straßen, Kanäle usw. ich möchte das jetzt nicht alles wiederholen. Viele Dinge, die offen bleiben müssen, weil sie nicht angegangen werden können.

Ich möchte Herrn Fischer nochmal zitieren: „Leider kann auch der kommunale Finanzausgleich in Bayern diese finanzielle Schwäche der Stadt Hof aufgrund der Soziallasten der Stadt nicht ausreichend kompensieren, um die Aufgaben eines Oberzentrums adäquat erfüllen zu können“.

Dies liest sich, sehr geehrte Damen und Herren, wie eine Bankrotterklärung und seit Jahren, ja Jahrzehnten ändert sich daran nichts. Wir hängen am Tropf. Und dabei wird noch nicht einmal erwähnt, dass wir mit unseren Leuchttürmen Freiheitshalle, Theater und Symphoniker nach Meinung Bayreuths „über unsere Verhältnisse leben“.

Schlussfolgerung daraus: Wir brauchen uns dennoch nicht schämen, denn Vieles ist ohne unseren Einfluss passiert: Ich darf nur als Stichpunkte Strukturwandel, Grenzland, Wegfallen der Grenzlandförderung, Zuwanderung usw. wenig Industrieansiedlung und all diese Dinge nochmal zitieren.

Diese Gründe sind nicht hausgemacht. Deswegen brauchen wir Hilfe von außen. Hier muss man ganz deutlich auf die Bayerische Verfassung verweisen, die die Staatsregierung eindeutig verpflichtet für gleiche Lebensverhältnisse in Bayern zu sorgen durch mehr Strukturhilfen. Seit ich in Hof bin, lese ich Ankündigungen von Mandatsträgern, dass „Oberfranken die Zukunftsregion sei.“ Jedes Jahr neue Sprüche, aber seien wir ehrlich. Was ist denn groß passiert? Seit Jahrzehnten ist diese Region in Bayern bei allen wichtigen Indikatoren auf den hintersten Plätzen. Ein weiteres Mittel, um das in den Griff zu bekommen, wäre eine Entschuldung, so wie sie bundesweit auch angedacht und in den Haushaltsausschüssen immer wieder schon mal aufgekommen ist und wir müssen auch dafür sorgen, dass unsere Region besser angebunden wird. Ich kann mich erinnern an eine Auseinandersetzung, dass die Elektrifizierung zwischen Hof und Nürnberg beispielsweise immer wieder verschoben wird und dies schon seit Jahrzehnten, obwohl Gutachten bestehen. Dass solche Dinge auf jeden Fall gemacht werden sollen und auch wirtschaftlich sind, aber im Verkehrsministerium in den letzten Jahren überhaupt nicht darauf eingegangen worden ist.

Und da sind wir letztendlich bei den Hilfen von außen, wie können die geschehen, auch der Herr Fleischer hat es ja schon angesprochen, dass wir da unsere Mandatsträger aus allen Parteien, die in München und Berlin sind, ansprechen müssen. Die müssen immer wieder vor den Türen stehen und auf unsere Situation, auf diese Sondersituation, hinweisen und uns unterstützen. In dem Zusammenhang fällt mir ein Mitglied des Bayerischen Landtages ein, der in der Regierungspartei sitzt, aber den Hofern erzählen will, ihr braucht in der Schützenstraße nicht um Studentenwohnheime zu kämpfen, weil das habe das Bayerische Ministerium schon entschieden. Wobei Petitionen von der Hofer Bevölkerung eingegangen sind und alle - auch die Fraktionen - dahinterstehen, dass so ein Studentenwohnheim in die Stadt kommt. Und er erzählt uns dann, wie ein Regierungssprecher, Sachen, obwohl er gewählter Abgeordneter von der Bevölkerung ist. Da muss ich mich manchmal wundern, dass in der Richtung viel zu wenig passiert.

Dann wird immer wieder mal angedeutet, dass es beispielsweise auch eine Möglichkeit wäre, jetzt aus den vielen Kosten herauszukommen, die Kreisfreiheit aufzugeben, aber das ist für uns keine Option und auch die Erhöhung der Gewerbesteuer da will ich gar nicht drauf eingehen.

Natürlich ist auch einiges passiert in den letzten Jahrzehnten und ich will einfach mal besonders hervorheben, dass wir beispielsweise im Bereich der Schulen und auch was die Theatersanierung angeht, Vorbildliches geleistet haben. Zum Beispiel die FOS/BOS letztendlich auch in der Sanierung und es wird auch weitergeführt und andere Schulen stehen auch an und werden gebaut oder saniert. In dem Bereich gibt es vieles, was wir als Fortschritt empfinden müssen.

Auf der anderen Seite haben wir Probleme ohne Ende. Ich will auf einzelne Punkte nochmal eingehen, wie gesagt wo wir nicht wissen, wo wir hinlangem sollen, das ist ja zum Teil schon aufgezählt und dargestellt worden von den Vorrednern. Da müssen wir überlegen, was wir da machen können.

Stichwort erstmal: Explosion der Sozialkosten. Da muss ich ganz ehrlich sagen, Herr Fleischer hat vorhin von einer Sondersituation gesprochen, da frag ich mich schon, warum er nur die Frau Oberbürgermeisterin auffordert etwas zu tun und warum nicht vorher schon vom Oberbürgermeister der CSU einiges getan wurde. Ich habe das alles miterlebt in den Sozialausschüssen und es ist nicht so reagiert worden und so ehrlich informiert worden, wie es hätte sein müssen. Dass die Sozialkosten steigen und explodieren war eigentlich seit 2015 bekannt und wurde in den ersten 2,5 Jahren erst einmal abgestritten, also letztendlich hieß es immer, wir haben höhere Geburtszahlen in Hof usw. es geht alles wieder normal dahin und in Wirklichkeit sind schon viele Migranten zu uns gekommen und man hat erstmal nicht reagiert. Wir haben natürlich auch von der sozialen Schichtung her Probleme, Sie haben es mit Sicherheit heute in der Zeitung gelesen, dass die Region ein Niedriglohngebiet bleibt und es wurde der soziale Hintergrund nochmal aufgelistet. Für den Bereich Sozialkostenexplosion hätte man schon mehr tun können und müssen, wenn man auch ehrlich gewesen wäre in den vergangenen Jahren. Das man jetzt so überrascht ist und das nicht vorausgesehen hat, muss ich denen ankreiden, die Verantwortung hatten.

Ich hoffe nur, dass - wir haben uns ja auch auf viele Versprechungen verlassen vom Bayerischen Ministerpräsidenten ist es ja auch schon angeklungen - jetzt Dinge, die versprochen werden, beispielsweise bei den Flüchtlingen aus der Ukraine dass der Ausgleich, erstmal von Bayern bezahlt und dann vom Bund übernommen wird. Da bin ich mal gespannt, was da rauskommt. Ich erinnere nur mal an die Luftfilter, wo auch von ihm versprochen wurde, dass die Kosten zu 100 Prozent vom Bayerischen Staat übernommen werden und jetzt müssen die Kommunen die Hälfte selber bezahlen.

Stichwort Personalpolitik. Es stört uns, dass die fraktionsübergreifende Priorisierung nicht eingehalten wird. Im Bauamt und Sozialbereich, da gibt es jetzt Gott sei Dank Fortschritte. Die Digitalisierung der Schulen muss in den Vordergrund gestellt werden. Es muss alles dafür getan werden, dass in diesen Bereichen mehr Personal eingestellt wird. Stattdessen ist in anderen Bereichen aufgebläht worden, was uns überhaupt nicht gefällt, und was wir in dieser Form nicht nachvollziehen können. Deswegen haben wir auch diesen Stellenplan vorhin abgelehnt.

Dann im Wirtschafts- und Marketingbereich das gefällt uns auch nicht, was da gemacht wurde. Nämlich, dass die vier Bereiche, Wirtschaftsförderung, Citymanagement, Leerstandsmanagement und Stadtmarketing, weiterhin bestehen, das ist von anderer Seite hochgelobt worden, aber im Grunde genommen zeichnet sich schon ab, dass da wieder nebeneinander her gearbeitet wird und nichts Konkretes rauskommt. Das ganze muss zentralisiert werden und normalerweise müsste die Oberbürgermeisterin die Chefin des Ganzen sein und das auch mitkoordinieren. Also diese Art und Weise von Aufgliederung und Auffächerung, die gefällt uns überhaupt nicht. Da werden wir in Zukunft auch unsere Probleme damit haben.

Dann ein Thema, das ich bewusst nochmal anspreche, nämlich diese sogenannten freiwilligen Aufgaben. Da muss ich auch zu den Ausführungen von Herrn Fleischer sagen, da frag ich mich auch, wer kann das bewerkstelligen, dass das keine freiwilligen Aufgaben sein müssen sondern Pflichtaufgaben. Das kann doch im Grunde genommen nur durch München so eingestuft werden. Da haben wir überhaupt keinen Einfluss. Es sind ganz einfach freiwillige Leistungen und Bayreuth sagt uns immer wieder, wir leben über unsere Verhältnisse, aber was da gemacht werden kann, ich sage es nochmal ganz deutlich auch für den letzten, der hier sitzt und der das noch nicht so genau nachvollziehen kann, es muss mal darüber geredet werden, dass die Kosten anders verteilt werden in diesem Zweckverband. Ich darf nochmal wiederholen, die meisten Förderungen kriegen wir vom Bayerischen Staat, was ja auch richtig ist, aber am zweitmeisten rund 5 Millionen zahlt die Stadt Hof und übernimmt letztendlich alle Schulden und der Landkreis ist bei 200.000 Euro und Selb und Wunsiedel bei 0. Da bin ich der Meinung und auch die Fraktion ist der Meinung, dass das so nicht weitergeht angesichts unserer Lage. Dass einfach mal darüber geredet werden muss. Dafür sind wir sehr dankbar. Und die Frau Oberbürgermeisterin hat es initiiert, man kann da natürlich nicht Druck machen von außen, sondern muss darüber sprechen. Und es ist sogar vorgegeben in diesem Stabilisierungspapier, dass man über defizitäre Zweckverbände sprechen muss und dass dies ein Auftrag für die Kommunen, also in dem Beispiel jetzt für die Stadt Hof, ist.

Also letztendlich ist es ja schon genannt worden, sehen wir natürlich vieles in diesem Haushaltskonzept, das von außen gesteuert wird, auch kritisch, weil es kaum Perspektiven gibt. Ich könnte jetzt alles nochmal aufzählen von Straßen, Kanälen und Toilettensituation und Kinderspielplätzen was eben nicht geht und nicht gemacht werden kann und da fehlt uns natürlich auch die mittelfristige und grundsätzliche Perspektive in dieser ganzen Haushaltssituation, in dieser ganzen Fremdbestimmung.

Unserer Meinung nach muss beispielsweise auch mal dieses ÖPNV-Konzept mit Stadt und Landkreis angegangen werden – jetzt gerade in der Energiekrise – dass die Busse zusammengekoppelt werden und da mal was Ordentliches rauskommt. Auch unser Antrag gewesen schon vor längeren Jahren und kommt immer wieder auf. Ich könnte jetzt noch einiges aufzählen.

Manchmal fühlt man sich letztendlich an die Schule erinnert und ich kann mich erinnern, als ich damals noch im Erdkunde-Unterricht war und wir über Entwicklungshilfe gesprochen haben, dann ist ein chinesisches Sprichwort zirkuliert: „Wenn du einem Hungernden helfen willst, dann geb ihm keinen Fisch, sondern eine Angel.“ Was soll uns das sagen? Also letztendlich wir brauchen Hilfen von außen, wir brauchen Strukturhilfen, wir brauchen Voraussetzungen für Industrieansiedlungen für Arbeitsplätze und solche Dinge können nur geschehen, wenn der Bayerische Verfassungsauftrag der Bayerischen Staatsregierung auch wesentlich deutlicher zum Tragen kommt. Auch und gerade für unsere Region. Und das geht aber nicht alleine, dass irgendein Oberbürgermeister von Hof und Mandatsträger da vorstellig wird, sondern es geht nur, indem wir in Hochfranken und Nordbayern unser Recht einfordern nämlich: gleiche Arbeits- und Lebensverhältnisse zu bekommen. Und dafür müssten die Strukturhilfen für unsere Region wesentlich aufgestockt werden.

Auch wenn die Genehmigung des Haushaltes heuer wieder mal gelingen sollte, müssen wir trotzdem aufpassen von einem Streichorchester nicht in Zukunft zu Stadstreichern zu werden, die nur noch auf Almosen und Fördergelder angewiesen sind. Soviel Stolz und Selbstbewusstsein sollten wir in unserer Region, in unserer Stadt, noch haben. Bittsteller und Bettler sind wir nicht. Wir wollen unser Recht und keine Almosen. Dafür haben wir zu wenig selbstverschuldet. Haben unsere Bürgerinnen und Bürger zu

fleißig gearbeitet, waren aber oft zu genügsam. Wir sehen auch kaum Perspektiven für die nähere Zukunft, das Zahlenwerk ist voller Verschiebungen, Streichungen, Kreditaufnahmen, Investitionen fehlen weitgehend und dadurch auch die Gestaltungsmöglichkeiten. Manche Brücken und manche Flecken in der Stadt Hof sind einfach ein deutliches Zeichen für einen gewissen Stillstand und für ein „Weiter so!“ wie es die ganzen Jahre war.

Wir haben uns in der Fraktion intensiv darüber unterhalten, was wir machen mit dem Haushalt – ablehnen oder annehmen –. Wir sind zu dem Schluss gekommen, wir sind ja eine diskussionsfreudige Truppe, dass für manche das ganze ausreichend ist und vor allem dem Herrn Fischer zu danken ist für seine Arbeit, dass er das mit seinem Team hinbekommen hat und es für andere Mitglieder unserer Fraktion war nicht mehr ganz ausreichend war und deswegen stimmen wir auch unterschiedlich ab.

Dankeschön!

Herr Bündnis 90/Die Grünen-Fraktionsvorsitzender Dr. S c h r a d e r bezieht wie folgt zum Haushalt Stellung:

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,
meine Damen und Herren,

lieber Kollege Fleischer, wir haben uns nicht abgesprochen aber auch ich möchte meine Ausführungen heute am Landesentwicklungsprogramm Bayerns ausrichten. Das Landesentwicklungsprogramm ist das Zukunftskonzept der Staatsregierung für die räumliche Ordnung und Entwicklung unseres Landes. Das LEP ist quasi das Zentrenkonzept der Regierung.

Neben den Metropolen München, Nürnberg und Rhein-Main-Gebiet braucht es eben auch in der Provinz sogenannte Zentrale Orte, in denen sich überörtliche Einrichtungen der Daseinsvorsorge bündeln sollen. Das Ziel der Bayerischen Verfassung, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern zu schaffen, soll durch eine „polyzentrische Entwicklung“ erreicht werden.

In feinstem Behördendeutsch werden die Versorgungsaufträge der zentralen Orte dargestellt.

Hof ist ein Oberzentrum. Oberzentren stehen in der Mitte der Hierarchie. Hof ist eines von 4 Oberzentren in Oberfranken. Oberzentren sollen die großräumige, nachhaltige Entwicklung aller Teilräume – Einzugsgebiet sind die umliegenden Grund- und Mittelzentren – langfristig befördern.

Es soll und das hat Herr Kollege Fleischer vorhin auch schon zitiert, von den Entscheidungsträgern darauf hingewirkt werden, dass die Bevölkerung in allen Teilräumen mit Gütern und Dienstleistungen des „spezialisierten höheren Bedarfs“ in zumutbarer Erreichbarkeit versorgt wird. So das Landesentwicklungsprogramm.

Wenn wir heute also über den Haushalt der Stadt Hof beschließen, geht es immer auch um unsere Beziehung zum Hofer Land, zu Hochfranken.

Das was ein Oberzentrum an Leistungen vorhalten soll, was wichtig ist an spezialisiertem höheren Bedarf ist unserer Meinung eine Pflichtleistung und keine freiwillige Leistung.

Was sieht die Regierung jetzt als „spezialisierten höheren Bedarf“ an? Als Beispiele mögen dienen:

Hochschulen, Fachhochschulen

Hof ist Hochschulstadt. Und wir sind stolz darauf. Wir haben nicht nur eine weithin angesehene Hochschule mit Studierenden aus der halben Welt. Hof hat auch eine sogenannte Beamtenfachhochschule.

Wir freuen uns über die vielen jungen Menschen, über die Lehrkräfte und Mitarbeiter*innen der Verwaltung, die das Leben in unserer Stadt bereichern.

Obwohl das Studium immer mehr verschult wird, und gerade die studierenden Beamt*innen wenig Freizeit haben, brauchen die Studierenden auch Möglichkeiten, ihre freie Zeit sinnvoll zu gestalten.

Der Staat neigt gerne dazu, seine Verwaltungsfachhochschüler*innen zu kasernieren, nicht nur in Bayern. Wir haben in Hof aber von Anfang an das Ziel verfolgt, diese jungen Menschen in die Stadt zu integrieren. Wir möchten, dass sie die Sport- und Freizeiteinrichtungen in der Stadt nutzen, dass sie die gastronomischen Angebote schätzen lernen, dass sie einkaufen, was sie zum Leben brauchen.

Deshalb bestehen wir darauf, dass das geplante Wohnheim für weitere Studierende an der Beamtenfachhochschule mitten in der Stadt gebaut wird und nicht auf dem Gelände der Hochschule.

Doch seit Wackersdorf gibt es da ein Problem.

Die CSU-geführte Staatsregierung hatte damals ein interessantes Verhältnis zur Demokratie. Als der Landrat von Schwandorf seine Unterschrift unter die Baugenehmigung der Wiederaufbereitungsanlage verweigerte, wurde einfach das Gesetz geändert. Mit der „Lex Schuirer“ braucht es seitdem für staatliche Bauvorhaben nicht mehr das gemeindliche Einvernehmen. Weil das so schön praktisch ist, wurde die „Lex Schuirer“ nie mehr aufgehoben.

Wenn das Wohnheim also in die Innenstadt kommt, verdanken wir das dem unermüdlichen Einsatz der Oberbürgermeisterin, des Stadtrates und der Landtagsabgeordneten der verschiedenen Parteien. Baut die ImmBy das auf dem Tennisplatz der Hochschule, dann, liebe Anwohner*innen im Hochschulviertel, geben Sie die Schuld bitte der Staatsregierung.

Einrichtungen der Kultur und des Sports

Nun, ein Landestheater (wie das LEP beispielhaft aufführt) haben wir nicht. Aber vor der Corona-Pandemie und vor der Renovierung hat unser Theater Hof prozentual das höchste Einspielergebnis aller bayerischen Theater erreicht. Intendant Friese hat in seiner Amtszeit das Haus auf ein nie dagewesenes künstlerisches Niveau gehoben. Schauspiel, Musiktheater, Studio, Ballett, Kinder- und Jugendtheater: das ist eine Vielfalt, die man in dieser Breite und Qualität sonst allenfalls an Staatstheatern findet. Das Theater Hof ist eines der Leuchtturmprojekte in unserer Stadt. Es ist jeden Cent an Zuschüssen wert.

Wir freuen uns, dass am Sport- und Freizeitzentrum Eisteich heuer der nächste Bauabschnitt fertiggestellt wird. Da konnte – auf Initiative des damaligen Sportbürgermeisters – eine günstige Gelegenheit beim Schopf ergriffen werden. Ich glaube, heute könnten wir so ein Projekt nicht mehr stemmen.

Die Freiheitshalle war auf einem guten Weg, die Auslastung stieg. Corona hat aber auch hier – wie in allen Lebensbereichen – uns um Jahre zurückgeworfen. Dazu kommen finanzielle Probleme. Die mobile Tribüne war ein Fiasko, sie musste ausgetauscht werden. Noch ist es wohl gerichtsanhängig, aber es könnte uns 1 Million Euro kosten.

Die Glasfassade der Halle ist einmalig. Leider ist sie kaputt. Der Schaden wurde erst mit 7 Jahren Verspätung bemerkt. Kosten: mindestens 3 Millionen Euro.

Erfreulich ist, dass heuer die Beleuchtung hier im Festsaal auf LED umgerüstet wird. Das kostet erst einmal eine erhebliche Summe, spart danach aber Jahr für Jahr ganz massiv Stromkosten ein. Bei den Preisen heute eine gute und wichtige Investition.

Mittel- und Oberzentren sind Orte mit weiterführenden Schulen

Hof hat ein umfassendes Schulangebot für junge Menschen jeglicher Begabung, jeglicher Fähigkeiten, jeglicher Neigung, jeglicher Herkunft. Wir versuchen, allen Kindern und Jugendlichen eine bestmögliche Schulbildung zu gewähren, einen bestmöglichen Start ins Erwachsenenleben. Das kostet viel Geld.

Nicht immer ist es möglich, sämtliche Wünsche des Lehrkörpers und der Eltern zu erfüllen. Besonderes Augenmerk legen wir auf die Ausstattung mit moderner Technik. Da müssen neue Schulmöbel oder die Ausstattung eines Lehrerzimmers halt zurückstehen.

Der Staat hat uns gedrängt, Luftreinigungsgeräte für alle Klassenräume anzuschaffen. Im Gegensatz zu der einen oder anderen Gemeinde im Umland haben wir uns im Stadtrat zähneknirschend dazu durchgerungen, das umzusetzen. Kosten: gute 500.000 Euro für die Anschaffung, dazu jährliche Wartungskosten in 6-stelliger Höhe plus Strom. Jetzt sind sie da und jetzt gehen sich nicht. Jetzt, wo die anderen Schutzmaßnahmen gegen Corona zurückgefahren werden sollen. Luftreinigungsgeräte sind kein Ersatz für Masken, kein Ersatz für die Impfung, sie ersetzen nicht allgemeine Hygienemaßnahmen. Sie sind in einem Gesamtkonzept ein Baustein, nicht mehr und nicht weniger.

Es ist gelungen, eine erste Tranche von 4 Millionen Euro für den Bau einer neuen Grundschule im „Vertl“ einzustellen. In den letzten Jahren ging es mit Klassenzimmern in Modulbauweise einigermaßen hin. Wir sind nun an die Kapazitätsgrenzen gelangt. Eine dauerhafte Lösung ist jetzt der bessere Weg.

Jahr für Jahr steckt die Stadt Hof 6-stellige Beträge in das Schulzentrum am Rosenbühl, um den Betrieb am Laufen zu halten. Eine Generalsanierung ist das Mindeste, was es mittelfristig braucht. Der Schulfamilie wurde das schon vor Jahren versprochen. Das Schulzentrum steht auf der ToDo-Liste weiterhin ganz oben, wenn auch nichts eingestellt wurde für die nächsten Jahre.

In Nürnberg kostet ein Schüler*in-Platz bei einem vergleichbaren Projekt als Neubaumaßnahme 90.000 Euro, ein anderes Schulprojekt kommt mit der Hälfte aus. Sie können sich pi mal Daumen ausrechnen, was auf die Stadt zukommt.

Kein Wunder, dass wir die Zahlen noch nicht erfahren haben vor dem heutigen Tag.

Soziale Einrichtungen

Von Mittel- und Oberzentren erwartet der Freistaat umfassende Angebote: Sozialstationen, Fachstellen für pflegende Angehörige, Teilhabeinrichtungen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendsozialarbeit, Erziehungsberatung, Angebote zur Familienbildung, Verbraucher- und Ernährungsberatung, sozialpädagogische Zentren, ein gut aufgestelltes Jugend- und Sozialamt.

Wir in Hof lassen keinen Menschen im Stich. Das soziale Netz ist dicht geknüpft.

Hof ist, und das ist mit den Ausgaben für Soziales unmittelbar verbunden, eine „besonders strukturschwache Gemeinde“ laut Landesentwicklungsprogramm. Übrigens die einzige kreisfreie Stadt in Bayern mit diesem Status, und die einwohnerstärkste Gemeinde dazu.

In Oberbayern und Schwaben gibt es übrigens keine besonders strukturschwachen Gemeinden, in Niederbayern nur drei im Bayerwald.

Und Hof ist eine RmbH. Keine beschränkte Haftung, sondern eine „Region mit besonderem Handlungsbedarf“. Wie eigentlich ganz Ostbayern.

Das hat einmal den Grund, dass die Bevölkerungsstruktur sich in Hof doch noch deutlich unterscheidet von den reichen Städten im Süden. Unsere Menschen haben ganz einfach einen höheren Bedarf an Sozialleistungen jeglicher Art.

Auf der anderen Seite bedeutet das eine höhere prozentuale staatliche Förderung bei unseren Projekten, und die Möglichkeit, Stabilisierungshilfen zu erhalten.

Das Landesentwicklungsprogramm definiert also die Aufgaben, die ein Oberzentrum zu schultern hat.

Nochmal: Unserer Meinung nach sind das Pflichtaufgaben, keine freiwilligen Leistungen.

Das LEP lässt aber die Innenentwicklung einer Stadt weitgehend offen.

Was bleibt übrig, um unsere Stadt fit für die Zukunft zu machen?

Es gibt viele Pläne dafür. Wir neigen aber dazu, sie nach Fertigstellung in einer Schublade verschwinden zu lassen. Oder wir versuchen sie Jahre später umzusetzen, ohne die Planrechtfertigung noch einmal zu hinterfragen. Oder wir haben nicht die Manpower, um sie umzusetzen. Oder uns fehlt das Geld für den zu leistenden Eigenanteil. Oder wir haben unser schlechtes Gewissen beruhigt und gut isses.

Mobilität und Stadtentwicklung

Angestrebt wird eine Gleichwertigkeit der verschiedenen Verkehrsmittel einschließlich der Fußgänger. Steht so schon im 250 Seiten dicken Radverkehrsgutachten, das dem Stadtrat unter der Führung Ihres Vaters, Frau Oberbürgermeisterin, nach 3 Jahren Arbeit 1995 vorgelegt wurde.

Wie weit sind wir da heute? Es scheint einfacher zu sein, touristische Radrouten wie den Saaleradweg aufzuhübschen, als in der Stadt einen einzigen Parkplatz für einen Radfahrerschutzstreifen zu opfern. Von der Neuanlage durchgängiger Radwege ganz zu schweigen. Ich ziehe meinen Hut vor den Akteuren im Arbeitskreis Radverkehr des Verkehrsbeirates, die trotzdem unermüdlich neue Pläne erarbeiten.

Den Straßenraum mit Leben zu erfüllen, Aufenthaltsqualität zu schaffen in unserer Kernstadt, Fußgängern und muskelbetriebenen Einspurfahrzeugen mehr Raum zu schaffen, Grün und Wasser und Frischluft in die Innenstadt zu bringen, das sind entscheidende Maßnahmen für die nächste Zeit. Nicht nur im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes, das der Stadtrat letztes Jahr einstimmig verabschiedet hat, sondern zur Förderung der Gesundheit, der Lebensqualität der Hoferinnen und Hofer und ihrer Gäste.

Da ist es dann schade, dass die für das Biedermeieviertel vorgesehene Quartiersgarage heuer nicht begonnen wird. Und eigentlich ist es unvernünftig, dem Freistaat in Gestalt des ImmBy das Grundstück am Sigmundgraben für ein Studentenwohnheim anzubieten.

Wenn wir den Straßenraum zum Leben nutzen wollen, müssen die Autos irgendwo anders hin. Es gibt genügend Menschen, die auf ein Fahrzeug angewiesen sind, um nach Hof zu kommen und/oder sich in der Stadt zu bewegen.

Sind wir 2. bei der HofBus.

Es ist beschämend, dass es erst der Ansiedlung von Amazon bedurfte, damit ein Stadtbuss über die Stadtgrenze hinaus verkehrt.

Es ist beschämend, dass es von Döhlau und Tauperlitz bald bessere ÖPNV-Verbindungen nach Regnitz-losau geben wird als nach Hof.

Herr Petrahn kämpft gegen das Defizit beim Busverkehr. In der Corona-Pandemie sind die Fahrgastzahlen dramatisch eingebrochen und haben sich seitdem nie mehr erholt. Dazu kommt jetzt die Explosion der Spritpreise und der Energiekosten allgemein. Sein Businessplan für 2022 ist Makulatur. Höhere Fahrpreise kann sich niemand leisten. Eine weitere Einschränkung des Angebots ist kontraproduktiv. Wir wollen ja mehr Menschen in der Innenstadt bei weniger Autos. Da brauchen wir eher mehr Busse statt weniger. Auf die Stadt kommen da hohe Kosten zu, der Zuschussbedarf an die Stadtwerke wird dramatisch steigen.

Zusammenfassend hat es wenig Sinn, über diesen Haushalt zu schimpfen. Wir haben uns an die Regeln zu halten und wenn sie uns nicht passen, müssen wir dafür sorgen, dass die Regeln geändert werden. Wir Grünen hätten natürlich gerne mehr Projekte zum Energiesparen eingestellt gesehen. Mehr Projekte zur Umsetzung unserer Klimaschutzziele. Mehr Förderung des Radverkehrs, mehr Förderung der sogenannten alternativen Kultur usw. usf.

„Könnt ihr beantragen. Aber bitte dann auch sagen, was im Gegenzug gestrichen werden soll.“

Wir haben keine großen Vorschläge gemacht, weil wir das, was im Haushaltsentwurf drin steht, halt auch für notwendig erachten. Die Finanzierung der Städte und Gemeinden krankt seit geraumer Zeit. Der Staat bürdet uns im Namen des Subsidiaritätsprinzips immer mehr Aufgaben auf. Und die großzügig gewährten Stabilisierungshilfen müssen größtenteils zur Schuldentilgung verwendet werden und nicht für Investitionen. Und das alles unter stetiger Anziehung der Daumenschrauben. Die sogenannten „Freiwilligen Leistungen“ sind das Salz in der Suppe, machen die Lebensqualität in einer Kommune aus. Braucht es nicht, meint die Staatsregierung. Das Landesentwicklungsprogramm bevorzugt die Metropolen. Der Teufel scheißt auf den größten Haufen. Oder freundlicher ausgedrückt mit den Worten der Bergpredigt: Denn wer hat, dem wird gegeben. Wer aber nichts hat, dem wird auch das genommen, was er hat.

Wir sind dabei, das zu ändern. Eine Sache der großen Politik. Wir müssen sehen, was die Initiativen des Deutschen Städte- und Gemeindetags und vieler Politiker*innen im Bundestag bewirken kann.

Dass es anders geht, zeigt uns die Staatsregierung auch. Hof hat (ein Geschenk zur vorletzten Bundestagswahl) eine Abschiebehaftanstalt bekommen. 70 oder 80 Millionen Euro für ein kleines Guantanamo. Ein Klacks, wenn man es nur will.

Nächstes Jahr sind Landtagswahlen. Es wird nicht mehr lange dauern, dann wird die Staatsregierung ihr Füllhorn guter Gaben erneut über dem Land ausschütten.

Dürfen wir uns was wünschen? Nein, sicher nicht. Aber wir dürfen hoffen und darauf drängen, dass wir etwas bekommen, von dem die Bevölkerung auch was hat.

Wie jedes Jahr gilt unser Dank dem Kämmerer Herrn Fischer, unserem Hexenmeister der Zahlen, und seinem Mitarbeiterstab. Er hat uns souverän durch die Haushaltsberatungen geführt.

Die Fraktion von Bündnis90/Die Grünen stimmt der Haushaltssatzung, dem Haushaltsplan und den Wirtschaftsplänen von Bauhof, Freiheitshalle und Krematorium sowie dem Finanzplan für das Jahr 2022 zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Stadtrat E t z e l äußert sich zum Haushalt wie folgt:

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren,

ich wollte eigentlich nur zwei Sätze sagen, warum ich den Haushalt ablehne, nachdem jetzt aber doch vom Vorredner auf den heutigen Zeitungsartikel auf Seite 1 Bezug genommen worden ist, auf den hohen Niedriglohnbereich der Stadt Hof, möchte ich dazu auch kurz Stellung nehmen.

Es ist in der Tat tragisch und wir haben leider durch unsere Entscheidung auch mit dazu beigetragen, tragen noch dazu bei, auch ich habe dafür gestimmt, dass sich mehr Logistikunternehmen hier in Hof ansiedeln können. Logistikunternehmen da ist es sehr schwierig, sich gewerkschaftlich zu organisieren und für höhere Einkommen zu kämpfen, im Gegensatz zu Industrieunternehmen. Wir dürfen nicht zulassen

sen, dass Hof zu einem Logistikstandort verkommt. Logistik hat seine Berechtigung, die gibt's in allen Städten, aber, dass so ein hoher Prozentsatz an Logistikunternehmen – einschließlich Amazon – das ist wirklich eine bedenkliche Entwicklung.

Kurz zum Haushalt. Ich habe mir die Einzelpläne angeschaut. Ich kann hier keine falsche Priorisierung oder Ausreißer ausfindig machen, alles notwendig, alles außer Frage, bis auf zwei Punkte.

Nach wie vor geben wir für den Flugplatz 300.000 Euro aus an Zuschuss. Damit subventionieren wir die Flugtickets der Firmen. Wenn dieser Flughafen so gut angenommen wird, ist es durchaus vertretbar, wenn die Flugticketpreise angemessen erhöht werden und dadurch könnte dieser Zuschuss entfallen. Vielleicht wird sich durch eine Erhöhung der Preise der ein oder andere dazu entschließen auf andere Verkehrsmittel, insbesondere ÖPNV oder Bahn, zur Anreise nach Frankfurt, München usw. umzusteigen.

Zweiter Punkt, Oberes Tor, das ist ja doch ein ziemlich hoher Betrag, der hier im Haushaltsentwurf steht. Ich möchte die Anregung vom Kollegen Zeitler aus der letzten HFA-Sitzung aufgreifen und dafür plädieren, diesen Punkt zu verschieben. Die Umgestaltung des Oberen Tors soll also nicht gestrichen werden, aber doch auf das nächste oder weitere Jahre verschoben werden.

Was mir noch sauer aufgestoßen ist, es fehlt an Unterstützung für Kinder aus benachteiligten Familien. Richtig ist, dass ein Kinderpass eingeführt wird, ich habe ja einen Hof-Pass beantragt für benachteiligte Kinder, Jugendliche und Familien, daraus ist jetzt ein Kinderpass gebastelt worden. Dies ist nicht falsch, aber die Begründung kann ich nicht akzeptieren, dass ein Hof-Pass deshalb nicht zielführend wäre, weil dadurch Kinder stigmatisiert würden. In anderen Städten geht das auch mit solchen Sozialpässen und da konnte ich bisher noch keine negativen Stimmen hören, dass betroffene Kinder, die das in Anspruch nehmen, sich stigmatisiert fühlen. Klar, es braucht natürlich höhere Regelleistungen für die Sozialhilfempfänger und auch höher KdU's. Zurzeit spielt das ja keine Rolle aufgrund der Pandemieregungen in SGB II und SGB XII, aber es ist Bundessache hier für angemessene höhere Sätze zu sorgen. Die Wohlfahrtsverbände mahnen das ja schon seit Jahren an, dass diese Leistungen viel zu niedrig sind.

Wichtig wäre aus meiner Sicht, ein Angebot für benachteiligte Kinder und Jugendliche, vor allem im Sportbereich, aber auch im musischen Bereich. Der Kollege Fleischer hatte vor einigen Tagen im Zeitungsinterview zu Recht darauf hingewiesen, dass wenn wir die Kinder von der Straße holen wollen, die in schwierigen Verhältnissen leben, dann müssen die Sportvereine auch gut ausgestattet sein. Dann müssen die Mittel für die Sportvereine ohne Diskussion zur Verfügung stehen, denn das ist letztlich auch eine sozialpädagogische oder eine Sozialarbeit, die von den Sportvereinen dieser Stadt geleistet wird. Wenn wir aus dem Teufelskreis, aus den ewigen prekären Lebenslagen, aus vererbter Armut rauswollen, dann brauchen wir als Stadt mehr Geld, um diese Maßnahmen, die erforderlich sind im sozialpädagogischen Bereich leisten zu können. Wir brauchen Streetworker, wir müssen die Vereine unterstützen und wir brauchen in den Kitas mehr Erzieherinnen und Erzieher, um die benachteiligten Kinder schon im frühen Kindesalter zu unterstützen. Wir leisten uns zu Recht teure Einrichtung der sogenannten Hochkultur, wie Theater, Symphoniker, wir leisten hohe Zuschüsse für die Freiheitshalle, für den Eisteich. Ich denke, da sollten wir auch die Pflicht haben, dafür zu sorgen, dass benachteiligte Menschen auch an diesen Einrichtungen teilhaben können, dass es vergünstigte Eintritte gibt. Dazu braucht es eine bessere Finanzausstattung der Kommunen, nur dann können wir die Stadt nicht nur verwalten, sondern können auch die erforderlichen Gestaltungen vornehmen. Der Kollege Dr. Adelt hat vor einigen Jahren - ich denke, da waren wir noch in der haushaltslosen Zeit – davon gesprochen, dass der Stadtrat zu einem Papier-tiger degradiert würde. Ich weiß nicht, ob dieses Bild so passend ist. Er meinte wohl, dass Oberbürgermeister, damals war es noch Herr Dr. Fichtner, die Kämmerei und die Regierung, letzten Endes den Haushalt stricken und entscheiden, was geht. Ob das jetzt in allen Verästelungen noch genauso ist, das möchte ich nicht beurteilen und mir auch gar nicht anmaßen, aber letztlich geht es wie immer ums Geld. Wenn wir aus dieser vermeintlichen Papiertigersituation als Stadtrat rauswollen, wenn wir selbst auch Vorschläge einbringen und eine Chance eröffnen wollen, diese dann auch umzusetzen, brauchen wir eine ganz andere Gemeindefinanzierung. Ein Großteil der Kommunen in Deutschland ist schlicht und einfach unterfinanziert, Hof ist davon besonders betroffen. Diese besondere Situation wurde ja schon von den Vorrednern deutlich herausgearbeitet. Wie das allerdings gemacht werden soll, die Finanzierung, da hat keiner ein Wort darüber verloren. Ich hätte da schon ein paar Vorschläge, die ich auch früher schon immer eingebracht habe. Klar ist, was man den Reichen nicht nimmt, kann man den Armen nicht geben – so einfach ist das. Es gibt nur diesen erarbeiteten Reichtum, das Volkseinkommen, und wenn da nicht die entsprechende Unterteilung erfolgt, dann wird sich letzten Endes auch nichts ändern. Als kurzfristige Maßnahme würde ich vorschlagen, den Artikel 28 des Grundgesetzes, in dem die Selbstverwaltung der Gemeinden festgehalten ist, um einen Passus zu ergänzen, nämlich der Einrichtung eines Sondervermö-

gens für Kommunalfinzen von schlappen 100 Milliarden. Ich denke was für die Aufrüstung der Bundeswehr recht ist, das sollte uns für die finanzielle Ausstattung der Gemeinden dann auch billig sein. Danke.

Herr Stadtrat M e r i n g e r beginnt seine Ausführungen zum Haushalt folgendermaßen:

Sehr verehrte Frau Oberbürgermeistern, werte Mitstreiter für ein zukunftsfähiges Hof,

Hof als mitteleuropäische Modellstadt für naturverträgliches, friedliches Leben und Arbeiten nach der Leipziger Konvention von 1995. Wie schaffen wir es im Hofer Land den Strukturwandel aktiv zu gestalten. Wie schaffen wir es unsere zentralen Aufgaben zu erfüllen, die der Daseinsvorsorge und die der Pflichtaufgaben im übertragenen Wirkungsbereich. Ohne dass wir verzweifelt die Frage aufwerfen müssen, warum in unserer Stadt immer alles so unendlich lange dauert, verschoben werden muss bis auf den Nimmerleinstag. Im Vergleich zu unseren Wettbewerbern in Oberfranken müssen wir uns schon fragen, warum trotz Spitzenförderungen in Hof, die Grundsatzdiskussion, was wir eigentlich wo wollen einen alten Stadtgeographen oft zum Verzweifeln bringt. Ich verweise dabei auf alle meine grundsätzlichen sogenannten Leitanträge der letzten und dieser Stadtratsperiode. Ich bin gewählt worden, weil ich das Verwaltungshandeln kontrollieren soll und inzwischen als 1/41 - im Idealfall - aktiv mit ihnen im neuen Magistrat, da meine ich Sie alle, aktiv gestalten soll. Warum also um wieder in Kürzestform zu erklären, lehne ich diesen Haushalt 2022, wie im letzten Jahr, auch heute ab. Und, gestatten Sie mir die Bemerkung, dass es mir nicht leicht fällt, denn, dass der Stadtkämmerer einen tollen Job macht, das habe ich ihm mehrfach attestiert.

Erstens: es dauert zu lange vom Grundsatzbeschluss bis zur Umsetzung. Das liegt eben nicht nur am fehlenden Personal. Hof neu denken. Den zentralen Busbahnhof am Strauß oder doch mit der neuen Chance am Bahnhof, wo die Deutsche Bahn in einem rasant zeitgenauen Plan ihre Aufgaben erfüllt und vorankommt.

Zweitens: Die Chance des neuen Studentenwohnheims am Campus, in der Fabrikzeile, in der Schützenstraße oder doch am Sigmundgrabener Graben oder zu zwei Dritteln in der Schützenstraße und zu einem Drittel am Sigmundgrabener Graben (SPD at its best im negativen Sinn). Merken Sie denn nicht, dass es an Ihrer Führungskraft liegt oder liegen kann, Frau Oberbürgermeisterin Döhla, dass wir ständig umplanen, neu planen, wegplanen müssen und die interessierte Hofer Bürgerschaft oft nur verwundert den Kopf schüttelt.

Drittens, erlauben Sie mir, aufzuzählen, warum ich darum bitte, nochmal darüber nachzudenken, ob wir unseren eigenen Haushalt endlich einmal wirklich umschichten sollten und im Rahmen des Konzepts – das haben meine Vorredner vorgegeben – andere Prioritäten setzen sollten. Ich nenne nur:

a) Die Bismarckturmgeneralanierung, Mittel sind schon weg. Inzwischen wissen wir, dass eine neue Initiative vom CSU-Europaabgeordneten da ist, dass man eine Chance kriegen muss, Euregio Egreensis.

b) die Generalanierung des Schulzentrums am Rosenbühl, meine Schule, in der ich von 1979 bis 2010 gewirkt habe. Ein Frankfurter Ingenieurbüro, ich habe 2013 und 2017 zwei Anträge geschrieben, dass wir hier vorankommen müssen, sagt uns, wie wir dieses Projekt hinkriegen sollen
- Generalanierung mit Teilneubau -. Auch da hat es Leute gegeben, die gesagt haben, das Schulzentrum Rosenbühl muss wieder in die Innenstadt.

c) Die Umgehung von Leimitz mit – und das wäre das allerwichtigste – darauffolgendem Anschluss zur B 15. Bis 2024/25 haben wir noch Baurecht. Ich weiß, wovon ich rede, weil ich dort lebe.

d) Das unendliche Warten auf den Verkehrsverbund. Im Idealfall natürlich im Vier-Länder-Eck in der Euregio. Die dringend nötige Höllental-Machbarkeitsstudie. Ich halte es gar nicht hoch, ich sage nur transeuropäische Netze. Wir vergeben eine einzigartige Chance, ich denke, Frau Oberbürgermeisterin, da sind Sie auf dem richtigen Weg. Ich habe nur ein bisschen Sorge. Von den im Jahr 2014 bundesweit entwickelten Verkehrswegeplan noch nicht entwickelten Strecken, ist die Höllentalbahn eine, die natürlich mit einem anderen Gleisbett, uns eine Chance geben soll. Das müssen wir Hof, als alter Eisenbahnerstadt, in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen, weil davon ganz viel abhängt, was unseren gesamten Verkehrsverbund anbelangt, unseren ÖPNV eingeschlossen.

e) Ein Mobilfunkstandortkonzept, das möglichst strahlungsarm den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen Rechnung trägt. Ich weiß, wovon ich rede. Dass der Kampf gegen 5G vielleicht ein hoffnungsloser ist, wenn wir nicht die Chance sehen, es anders zu machen. Stoppen wir 5G. Da wird immer nur einzeln und verstohlen mal in einem Gremium ein Antrag vorgebracht oder ein Hinweis gebracht, ganz ganz schlimm, seit der Nailaer Studie von Dr. Horst Eger, der den Zusammenhang zwischen übertriebenen Mobilfunkmasten und Krebserkrankungsraten für Risikogruppen nachgewiesen hat.

f) Ein Radwegekonzept, das uns mehr als nur den vorletzten Platz beschert. Auch da muss ich an meine Vorredner anknüpfen, die machen einen guten Job. Viele sagen, die nächsten 10 Jahre sind entscheidend, wie wir vorankommen und da wird ganz viel gemacht. Das lobe ich ausdrücklich. Aber das so hinzustellen, dass wir jetzt auf dem vorletzten Platz sind und damit aus dem Schneider, das ist ein Witz. Entschuldigung.

g) Im Bereich des Sports getraue ich mich gar nicht mehr nach einem weiteren Kunstrasenplatz zu fragen. An der Hofecker Schule ein 15 Millionen Projekt. Ein Verein, der mittlerweile ums Überleben kämpft. Am Spotzerplatz hat man es uns vorgemacht. Auch am Bayernplatz, mehr oder minder durch private Initiative, Crowd Funding, nennt man das, glaube ich, hat man das auf den Weg gebracht. Ich traue mich gar nicht mehr zu sagen, auch da bleibe ich weiter am Ball, bei dem Sportboden in der neuen Freiheits-halle. Eine geniale Halle, die wir gebaut haben, auf die wir alle stolz sein dürfen, nachdem wir die Plan B Mittel vom Flughafen verwendet haben.

h) Künftige Neubaugebiete, die in sich stimmiger sein müssen, als das nicht ideal gelungene Neubaugebiet am Bismarckturm. Auch da wissen wir alle, ich habe immer gesagt, zwei Nummern kleiner und ein bisschen anders gemacht, aber es ist nun mal geschehen und auch da kann man aus Fehlern lernen.

Viertens, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich bitte Sie erneut und jetzt kommt das Wichtigste, ich bitte Sie erneut, mögliche Einnahmequellen mutig anzugehen und nenne Ihnen a) eine maßvolle Parkraumbewirtschaftung im Nahbereich des Untreusees. Ich weiß, dass ich da schon einmal den dicken Hund des Monats bekommen habe. Herr Dr. Fichtner hat immer gesagt, Herr Meringer, das geht nur nach der Wahl. Es sind ständig Wahlen. Der von mir sehr geschätzte Aytunc Kilincsoy hat zu mir gesagt, das wenn du wieder vorbringst, wählen sie dich nicht mehr die Hofer. Auch nicht schlimm, ich bin am Ende meiner Karriere. Aber ich behaupte, wir haben unter Müller von den Stadtwerken mal die Idee zirkulieren lassen, die Aufsichtsratsmitglieder werden es mir bestätigen können, dass es ungefähr 150.000 Euro im Nahbereich kostet. Wir sind da einen guten Schritt vorangekommen. Ich war selber jetzt am Wochenende wieder draußen am See und bin ein bisschen rum gehumpelt. Für einen halben Tag 0,50 Cent, für einen ganzen Tag einen Euro. Warum sag ich das? Der Untreusee kostet uns laufende Kosten 200.000 bis 300.000 Euro und Stadträte trauen sich da nicht ran? Frau Oberbürgermeisterin, wenn Sie mich da unterstützen könnten, könnten meine Anträge kommen, das verspreche ich. b) Ein Lernen aus der Verteuerung des großen Rathausanbaus. Auch da hat es Alternativen gegeben. Ich hab dann gesagt, in sich die viertbeste Lösung, braucht man nicht drüber streiten.

Am allerwichtigsten aus meiner bescheidenen Sicht, die Art und Weise, wie Bürger behandelt werden, muss sich ändern, Frau Oberbürgermeisterin. Beispiele nenne ich heute bewusst nicht. Es gibt sie zuhauf. Einzelanträge werden folgen. Die alten sind aus meiner Sicht nicht wirklich zielführend beantwortet worden.

Ich schließe, indem ich uns nachdenklich vor die Frage stelle, gilt es plötzlich nicht, dass wir schrittweise abrüsten müssen und mit dem freien Geld, die Natur, die Städte, abgehangte Regionen, den überhitzten Planeten sanieren müssen. Sind wir plötzlich selber in einem Teufelskreislauf der Gewalt, wo wir Pakete auf den Weg bringen, wo uns nur der Atem stockt. Wir haben die Chance und da knüpfe ich an das an, was der Kollege Dr. Schrader sehr gut herausgearbeitet hat und auch der Kollege Fleischer. Der Landesentwicklungsplan fordert gleiche Lebensbedingungen in allen Teilen.

Wir haben ganz, ganz viel zu tun. Sie haben gesagt, Frau Oberbürgermeisterin, sie sind angetreten -bis 2019 habe ich Sie ja nach Kräften unterstützt - sie würden mehr Gelder von überall nach Hof holen. Von der Frau Mühlbauer erlebe ich immer mal, dass es Programme gibt, bei denen sich die Stadt Hof nicht beworben hat. Die große Herausforderung lautet, dass die Städte, die Treiber der Verkehrswende, der Energiewende sind und wenn wir unsere Ziele ernst nehmen wollen, dann nützt es nichts, die Ute Fischer, die ich sehr schätze, sie hat mit ihren Mitstreitern ein 350 Seiten dickes Pamphlet uns allen auf den Weg gegeben als Handlungsauftrag und Leitplan. Hoffen wir, dass wir ihn ein bisschen schneller umsetzen können. Ich mache ihnen Mut und was Sie bereits zur Chefsache gemacht haben. Ich weiß

nur, was den ÖPNV anbelangt, da haben wir Handlungsbedarf. Danke, dass Sie mir so lange zugehört haben.

Herr Stadtrat K u n z e l m a n n bezieht wie folgt zum Haushalt Stellung:

Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren im Stadtrat,

ich bin heute zum zweiten Mal aufgefordert, meine Meinung zu dem Haushalt, der in Hof aufgestellt wurde von Herrn Fischer, kundzutun. Herr Fischer, besten Dank. Wenn man in dieser Zeit ohne Geld noch etwas aufs Papier bringen kann, das erfordert hohe Leistung. Herr Fleischer, Sie hatten einen Vortrag gehalten, da meint man, wenn die CSU in den letzten 15 Jahren so gut gewesen wäre, wie ihr Vortrag, ginge es der Stadt nicht so schlecht. Aber wahrscheinlich hat man eines vergessen, die Meinungen oder die Arbeiten, die nötig waren an den Mann zu bringen, der zuständig ist. Wenn ich nur dran denk, an den allergrößten Herrn Söder, wenn ich denk an den Herrn Dr. Friedrich, alles Leute mit Rang und Namen und keiner hat für Hof das gebracht, dass man sagen kann diese Null wert, wie du sie vorgetragen hast, wären dann gar nicht zur Sprache gekommen.

Meine Damen und Herren, Hof, eine Stadt zwischen Hoffen und Bangen. Warum zwischen und Bangen? Wenn eine Stadt sich in ihrem Haushalt nach den Zuwendungen des Staates richten muss, kann man von einem Haushaltsentwurf, der notwendig ist, nicht mehr sprechen. Denn, wenn man jetzt sieht, wie sich allgemein die Inflationsrate ausbreitet, dann wird dieser Haushaltsentwurf Makulatur. Warum Makulatur? Wenn man eine Inflationsrate hat von fast 20 Prozent, frag ich mich, wie soll das alles den Leuten klar gestellt werden? Und wie soll das über die Bühne gebracht werden? Aber ich hab gerade gesagt, eine Stadt zwischen Hoffen und Bangen. Ich hoffe, dass das Bangen aufhört, wenn wir irgendwann wieder eine gewisse Ruhe in die Politik bekommen. Eine Ruhe dahingehend, dass man nicht dauernd meint, man muss über den Nächsten irgendwo herziehen, über ihn hetzen, dann glaube ich schon, kann man auch in dieser Stadt, die vieles im Argen hat, einiges wieder ins Reine bringen. Die Stadt Hof muss mit kleinem Steueraufkommen diese Infrastruktur aufrechterhalten. Sollte das Land und der Bund seine Pflicht nicht erhöhen, ist ein Chaos vorprogrammiert. Warum vorprogrammiert? Wer soll das Geld noch aufbringen oder erwirtschaften, das hier benötigt wird. Wir haben hier ein großes Problem, über das in den letzten 20 Jahren keiner gesprochen hat. Wir haben hier eine Wiedervereinigung mitgetragen, mitgestaltet und mussten eines feststellen: Welche Institutionen alle von Hof abgezogen wurden. Ich will nur daran erinnern, die Postverteilung, die Bahnwerkstätten, die Zolleinrichtungen. Das größte von den anderen Dingen ist eines noch nicht erwähnt worden. Das heißt, der Niedergang der Schmidt Bank vor 20 Jahren. Meine Damen und Herren, wenn damals die Landesregierung, die CSU, sich für die Sache Schmidt Bank so eingesetzt hätte, wie sie dann hinterher bei der Bank Alte Adria zig Milliarden in den Sand gesetzt haben, hätten wir heute nicht diese Riesenprobleme. Jeder jammert nur, aber keiner spricht über das, was wirklich Fakt ist. Und das sind die Dinge, die hoffentlich die Jugend ins Reine bringt. Denn dann haben wir auch eines erreicht, dass wir in der Sache allgemein, das Bangen auf die Seite stellen können.

Und dann habe ich noch ein Anliegen. Wir haben ja die Großansiedlung von Amazon. Ich hoffe und wünsche, dass die Regierung in der Lage ist die Gewerbesteuer von den Unternehmen in Hof in der Stadt anzubringen. Denn dann könnten auch unsere auch unsere ganzen Probleme, die heute Abend aufgezählt wurden, vielleicht beseitigt werden. Das ist das, was ich dieser Runde heute mitteilen wollte und ich hoffe und wünsche, dass wir alle bei Gesundheit bleiben, dass wir die Sache irgendwo trotz allem noch mitgestalten können. Danke für die Aufmerksamkeit.

Zuletzt äußert sich Frau Oberbürgermeisterin D ö h l a wie folgt zum Haushalt:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Bier, sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates, der Verwaltung und Gäste,

wir stellen heute die Weichen für ein Jahr, in dem vor allem eines sicher ist, nämlich, dass uns Ungewissheiten und Unsicherheiten noch ein ganzes Stück weiterbegleiten werden. Wir sind inzwischen auch in einem zweifachen Katastrophenfall angekommen, der Krieg in der Ukraine fordert uns heraus – menschlich, psychologisch, sozial, sicherheitspolitisch und auch wirtschaftlich – und alle Anstrengungen, um die Lage zu meistern, auch hier direkt vor Ort bei uns in der Stadt, die sind für uns eine selbstverständliche Verpflichtung. Alle Folgen und Herausforderungen sind überhaupt noch nicht umfassend abzuschätzen. Wir wissen nicht, wie lange der Krieg dauern wird und auch nicht, welche Kreise er räumlich noch ziehen wird, geographisch. Noch wissen wir, wie viele Menschen bei uns in Hof Zuflucht suchen

werden. Morgen kommen ja die nächsten. Wir können auch nicht absehen, welche Kosten entstehen, weder bundesweit, noch hier vor Ort und was Bund oder Land am Ende wirklich ersetzen für uns, für die Kommunen. Es gibt immerhin einige Ankündigungen dazu. Arbeitsmarkt, Energiepreise, Gewerbesteuer da stehen große Fragezeichen. Prognosen ja, aber Gewissheiten Null. Und von hier, von diesen unsicheren Prognosen komme ich direkt nochmal auf eins unserer bedeutendsten Investitionsvorhaben heute zu sprechen, das ist die neue Grundschule, die Hof braucht und die im Vertl entstehen soll. Die Zahlen der Schülerinnen und Schüler steigen weiter und sie geben uns auch Recht und bestätigen uns auf dem Weg, das anzugehen. In den jüngsten Berechnungen aber, die jährlich stattfinden, waren ja die Kinder aus der Ukraine überhaupt noch nicht enthalten. Wir gehen davon aus, dass viele Menschen bleiben, auch sehr junge und der Raumbedarf an den Schulen wird sich nicht so schnell entspannen, vielleicht tritt sogar das Gegenteil erstmal noch ein. Und dass wir aber mit dem Bau der neuen Schule reagieren, das ist nicht nur quantitativ richtig, sondern auch qualitativ. Weil nur mit den entsprechenden Räumen sich auch die Schulkonzepte umsetzen lassen. Es fehlen schon Fachräume oder Räume zur Differenzierung. Diese sind geopfert worden, um einfach die Kinder unterzubringen und es ist für die Qualität des Unterrichts auch wichtig, dass unser Raumangebot passt. Nicht nur um allein die Zahlen runterzubringen. Pädagogik braucht Platz.

Ein weiteres Vorhaben mit großem Investitionsvolumen betrifft unsere Feuerwehr. Dass sie berücksichtigt wird im Haushaltsplan, das zeigt den Stellwert, den wir der Organisation beimessen, die für Sicherheit, Gefahrenbeseitigung und Hilfeleistung steht. Gerade der Blaulichtbereich und der Katastrophenschutz haben ja in den letzten beiden Jahren der Pandemie verstärkte Aufmerksamkeit erfahren und bekommen Wertschätzung von Relevanz.

Schule und Feuerwehr sind für mich systemrelevante und große Vorhaben, aber nennenswert sind auch die Dinge, die lang ersehnt sind oder die, die strategisch noch eine bestimmte Rolle spielen. Und wir haben Altlasten, um die wir uns kümmern, Weihnachtsbeleuchtung zum Beispiel und noch eine Reihe von Sanierungsrückständen. Viele sind ja im Einzelnen benannt worden. Vieles haben wir wieder aufgeschoben, nicht zum ersten Mal, und trotzdem schaffen wir es in Hof, dass wir auch Zukunftsthemen angehen und da meine ich Mittel und Maßnahmen, die für die weitere Entwicklung unserer Stadt wegweisend sind. Trotz aller Einschränkungen. Das sind unsere Anstrengungen rund um die Digitalisierung, Stadtentwicklung oder Klimaschutz. Zukunftsaufgaben. Digitalisierung, ich kann die genaue Summe überhaupt nicht benennen. Sie verteilt sich auf zahlreiche Positionen sowohl im Verwaltungs-, als auch im Vermögenshaushalt, Ausstattung in Schulen, E-Government und vieles mehr und wird sich auch mit Sicherheit eher noch steigern, als reduzieren in der Zukunft.

Dann die Stadtentwicklung. Wir haben jetzt Mittel drin für das integrierte Stadtentwicklungskonzept. Das ist dringend fortschreibungsbedürftig und ist sehr wichtig für die Weichenstellungen für die nächsten zehn oder 15 Jahre, weil es auch zu den Dingen gehört, bei denen konzeptionell ein Fundament gelegt wird. Dinge, die konzeptionell sehr aufwendig zu entwickeln sind, genau wie die Sachen, wie ich es vorhin auch gesagt habe, beim Thema Stellenplan, die im Alltag ganz oft liegen bleiben müssen und zurückgestellt werden aber die Leitbild und auch Leitfadencharakter haben für unsere Stadt. Wo eine Bürgerbeteiligung vorgesehen ist, eine fundierte Herangehensweise, etwas das aufwendig ist, aber auch lohnend.

Dann zum Oberen Torplatz: Der Obere Torplatz ist zentral noch immer und die Aufgabe zu erfüllen, die wir damals mit dem Wettbewerb, der schon einige Jahre her ist formuliert haben. In dem Wettbewerb war eine sehr umfassende Aufgabenstellung beschrieben für diese Platzgestaltung. Da ging es um die Verbindung von Altstadt und Ludwigstraße und es ging um eine zeitgemäße Aufenthaltsqualität und darum einen Ort, in der Stadt zu schaffen, der Menschen nicht nur anzieht, sondern auch gerne bleiben lässt. Und wir wollen nach wie vor Menschen in die Stadt bringen und wir müssen auch städtebaulich ein größeres Rad drehen. Nur kleine kosmetische Maßnahmen – natürlich ist es schön, dass wir bald wieder aufblühen und Blumenkübel bepflanzen – reichen allein nicht aus um eine Stadt auch mit solchen schwierigen Zonen und Übergängen gut zu gestalten. Und der Obere Torplatz ist auch ein Beispiel dafür, was man mit Förderprogrammen erreichen kann. Vieles, was uns wichtig ist und was wir fest auf der Agenda haben, das kann nur mit Hilfe von Fördergeldern realisiert werden. Und das sind Programme, die uns auch die Chance geben, das Potential, das wir in unserer Stadt Hof in der Stadtentwicklung durchaus haben, das auch zur Geltung zu bringen. Das sind Mittel, um uns weiterzuentwickeln und auf ganz aktuelle Herausforderungen zu reagieren. Wie jetzt der Druck auf die Innenstädte, der durch den Onlinehandel und die Pandemiebeschränkungen nochmal zugenommen hat, auch darauf ist so eine Platzumgestaltung mit all ihren Details, die gut durchdacht sind, eine sinnvolle Antwort. Und natürlich wollen alle Städte lieber Geld als Fördermittel. Klar, wir hätten auch gern lieber einfach die Überweisung, ohne erst seitenlange Formulare auszufüllen und Konzepte zu entwickeln. Deswegen setzen wir uns – und setze ich mich –

auch dafür ein, dass diese Förderprogramme leichter handhabbar werden, unbürokratischer und auch flexibler für die Antragsteller. Das läuft auf mehreren Ebenen und ich bin auch nicht ganz frei von Hoffnung, dass sich da etwas verbessert, weil da inzwischen wirklich ein starker Druck auch von den Kommunen kommt, die alle darstellen, wie viele Kräfte eigentlich gebunden werden durch diese Arbeitsweise. Allein durch diese Veränderung bei den Förderprogrammen wäre wirklich ein großer Schritt getan. Dass diese Arbeit so aufwendig ist und auch so viele Kräfte bindet, das ist der Grund, warum wir nur an so wenigen und ganz ausgewählten Programmen teilnehmen. Wir können nicht alles machen, was möglich ist oder auf jeden Zug aufspringen, bei dem die Fördergelder winken, sondern wir wählen eben gezielt aus, was dem entspricht, wo wir einen Bedarf haben und wo wir auch Pläne und Vorhaben haben, die wir anderweitig nicht stemmen können.

Ein Gedanke noch zur Mitwirkung der Räte. Da gab es unterschiedliche Positionen. Sie haben sich eingebracht, haben sich intensiv damit beschäftigt, sich auseinandergesetzt mit dem, was hier vorgelegt wurde von der Verwaltung, was an Rahmenbedingungen da war. Andere sagen, man kann eigentlich gar nichts tun, man ist in einem so engen Korsett und hat keine Handlungsmöglichkeiten. Also ich habe schon erlebt, dass sich einige sehr intensiv beteiligt haben, eingebracht haben und auch Vorschläge an die Kämmerei gegeben haben und konstruktiv mit dem Jonglieren umgegangen sind, zu fordern aber auch zu verzichten. Also es kamen eigentlich keine Forderungen, die nicht auch wieder mit Verzichtsvorschlägen unterlegt waren. Und genau so kann man dann auch damit arbeiten und kommt dann auch zu einem gut abgestimmten Ergebnis, in dem auch Beteiligte durchaus ihre Handschrift wiedererkennen können.

Am Schluss möchte ich danke sagen an den Herrn Stadtkämmerer und sein Team. Sie bekommen von mir jetzt nicht noch den dritten Spitznamen verpasst, nachdem Sie heute schon einige schöne Bezeichnungen erhalten haben, sondern ich freue mich einfach über die Anerkennung, die Ihnen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zuteilwird, weil die sehr verdient ist.

Beschluss:

Nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss beschließt der Stadtrat in getrennten Abstimmungen wie folgt über den Beschlussvorschlag:

Die Stadtratsmitglieder schließen sich mehrheitlich mit 24:4 (Stadträte von Rücker, Senf, Meringer, Etzel) Stimmen der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Hof für das Haushaltsjahr 2022 an.

Der Stadtrat schließt sich mehrheitlich mit 4 Gegenstimmen der Stadträte von Rücker, Senf, Meringer und Etzel dem Finanzplan zum Haushaltsplan 2022 an.

Der beiliegende Finanzplan sowie die Wirtschaftspläne für Bauhof, Freiheitshalle und Krematorium bilden Bestandteil des Beschlusses.

mehrheitlich beschlossen

Ja 24 Nein 4

Anwesend:	
Vorsitzende:	Oberbürgermeisterin Döhla
Bürgermeisterin:	Bier
Vortragender:	Verwaltungsdirektor Fischer
26 Stadtratsmitglieder	

565 Ergänzung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes

Vortrag:

Der Stadtrat beschloss am 25.06.2010 erstmals ein Haushaltskonsolidierungskonzept im Rahmen der Beantragung einer Bedarfszuweisung für das Jahr 2009. Dieses Konzept wurde mehrmals ergänzt.

Mit Schreiben vom 09.12.2021 zur Gewährung einer Stabilisierungshilfe 2021 forderte die Regierung von Oberfranken, dass die Stadt Hof bis spätestens 31.03.2022 das vorgelegte Haushaltskonsolidierungskonzept im Benehmen mit der Regierung fortschreibt, durch den Stadtrat beschließt und mit dem Ziel umsetzt, mittelfristig wieder die Leistungsfähigkeit zu erreichen.

Nachdem das aktuelle Konzept aus dem Jahr 2021 mit insgesamt 58 Maßnahmen bis auf die Maßnahmen 9 (Verkauf städtischer Gebäude), 11 (Minderung des Zuschusses an die EJSA wurde ab 2017 zurückgenommen), 35 (Verkauf städtischer Grundstücke), 40 (im Hinblick auf die Einführung eines digitalen Anordnungsworkflows, nun für 2023 vorgesehen) und 48 (Überprüfung der aktuellen Wartungsverträge) aus der Sicht der Stadt Hof vollständig umgesetzt wurde, wurde durch die Verwaltung ergänzende Maßnahmen zum Haushaltskonsolidierungskonzept erarbeitet. Diese Maßnahmen sind in beiliegender Liste als Maßnahmen 59 bis 62 in der Anlage 1 aufgeführt. Der Stand der Umsetzung der Maßnahmen 1 bis 58 ist in der Anlage 2 (Ergebnisse für 2021) zusammengestellt. Welche Konsolidierungsergebnisse im Finanzplan 2022 berücksichtigt werden, ist in der Anlage 3 ersichtlich. Die derzeit erkennbaren möglichen Verbesserungen für den Finanzplanungszeitraum betragen 2023 123.950 €, 2024 128.950 € und 2025 ebenfalls 128.950 €.

Im Schreiben vom 09.12.2021 wird zur Entscheidung über die Stabilisierungshilfe unter I.3 d auch zur Bedingung gemacht, im Rahmen der Überarbeitung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes die freiwilligen Leistungen im Verwaltungshaushalt 2022 im Vergleich zum Durchschnitt der abgerechneten Jahre 2018 bis 2021 zu reduzieren. Die Berechnung des Durchschnitts der Jahre 2018 bis 2021 ist derzeit noch nicht möglich, da die Abrechnung des Jahres 2021 hinsichtlich der Inneren Verrechnungen noch nicht abgeschlossen werden konnte. Insoweit werden in der Anlage 4 beim Jahr 2021 zum einen die im Nachtragshaushaltsplan 2021 beinhaltenen Werte herangezogen zum anderen eine Hochrechnung für 2021 vorgenommen. Die Anlage 4 stellt insoweit eine Fortschreibung der Anlage 1 des Beschlusses des Stadtrates vom 25.02.2019, Beschluss-Nr. 955, dar.

Dabei deutet sich an, dass die freiwilligen Leistungen im Verwaltungshaushalt nach dem Planansatz 2022 geringer sind als der Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2021. Der endgültige Vergleich muss nach Vorliegen der endgültigen Rechnungsergebnisse 2021 nach Abrechnung der inneren Verrechnungen erfolgen.

Unter I.3.e wird mit Schreiben der Regierung von Oberfranken vom 09.12.2021 gefordert, eine vollständige Aufstellung über alle freiwilligen Leistungen im Vermögenshaushalt vorzulegen. Insbesondere Investitionen in defizitären freiwilligen Einrichtungen sind zu berücksichtigen. Diese Übersicht über die im Haushaltsplan 2022 vorgesehenen Positionen des Vermögenshaushaltes des kameralen Kernhaushaltes sowie im Vermögensplan der Freiheitshalle ist in den Anlagen 5.1 und 5.2 beigefügt.

Unter I.3.f wird mit Schreiben der Regierung von Oberfranken vom 09.12.2021 gefordert, die Möglichkeiten zur Beteiligung umliegender Kommune, des Landkreises Hof sowie des Bezirks Oberfranken an den defizitären Einrichtungen zu überprüfen. Hierbei kommt aus der Sicht der Verwaltung nur eine Beteiligung an den Kosten des Theaters in Frage. Eine Beteiligung anderer Kommunen oder des Landkreises an den Kosten der Freiheitshalle, des Museums oder der Bücherei erscheint völlig abwegig. Jedoch auch beim Theater sind die Chancen für die Stadt Hof, an der jetzigen Situation etwas zu ändern, eher gering: Es

bedürfte die Zustimmung aller Mitglieder des Zweckverbandes Nordostoberfränkisches Städtebundtheater, um § 11 der Zweckverbandssatzung zu ändern. Dieser lautet: in Absatz 1 Satz 1: „Der durch sonstige Einnahmen nicht gedeckte Finanzbedarf des Zweckverbandes wird ausschließlich von der Stadt Hof getragen.“ In § 11 Abs. 2 ist geregelt: „Die Umlagepflicht der Städte Selb und Wunsiedel sowie des Landkreises Hof wird ausgeschlossen.“ Unabhängig von diesen rechtlichen Gegebenheiten wurden Gespräche mit Vertretern des Landkreises Hof und des Bezirkes Oberfranken bereits begonnen, ein Ergebnis ist aber noch nicht erzielt worden. Gleiches gilt für eine erhöhte Förderung durch die Oberfrankenstiftung.

Wie sich aus dem in der Sitzung am 17.03.2022 vom Stadtrat zu beschließenden Finanzplan für die Jahre 2021 bis 2025 ergibt, ist angesichts der zu befürchtenden weiterhin hohen sozialen Belastungen der Stadt Hof nicht damit zu rechnen, dass die dauerhafte Leistungsfähigkeit in Form des Erreichens der Mindestzuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt in den Haushalten 2023 bis 2025 dargestellt werden kann. Nur durch Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage in den Jahren 2022 bis 2025 kann die ordentliche Tilgung der Kredite letztlich vollständig bestritten werden. Insoweit ist das unter I.3.i 3) geforderte Konzept, in dem das Jahr benannt werden soll, in welchem mit der Wiedererlangung der finanziellen Leistungsfähigkeit gerechnet wird, nicht erstellbar. Ebendeshalb ist die weitere Unterstützung durch den Freistaat Bayern erforderlich. Jedoch zeigte die Vergangenheit, dass die Mindestzuführung vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt in den Rechnungsergebnissen der vergangenen Haushalte seit dem Jahr 2016 stets erreicht werden konnte.

Beschlussvorschlag:

Mit der Erweiterung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes um die Maßnahmen 59 bis 62 gemäß der Anlage 1 besteht Einverständnis.

Der Stand der Umsetzung des bisherigen Konzeptes gemäß den Anlagen 2 und 3 wird zur Kenntnis genommen. Weitere Möglichkeiten zur Erweiterung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind derzeit nicht ersichtlich.

Die in der Anlage 4 dargestellten Zuschussbedarfe im Verwaltungshaushalt 2022, die vom Freistaat Bayern als freiwillige Leistungen im Sinne der Stabilisierungshilfebescheide angesehen werden, werden derzeit als unverzichtbar seitens des Stadtrates betrachtet. Gleiches gilt für die in Anlage 5 dargestellten Positionen des Vermögenshaushaltes 2022 des kameralen Kernhaushaltes bzw. des Vermögensplanes der Freiheitshalle.

Beschluss:

Die Mitglieder des Stadtrates schließen sich einstimmig dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an.

Die Anlagen 1 bis 5 bilden Bestandteile des Beschlusses.

einstimmig beschlossen

Ja 28 Nein 0

g.w.v.

Eva Döhla
Oberbürgermeisterin

Simone Kielmann
Schriftführer/in